WIR MACHEN DAS. CDU

REGIERUNGSPROGRAMM DER CDU RHEINLAND-PFALZ 2021-26

REGION WESTPFALZ

Mutig. Möglich. Machen.
So wollen wir regieren.

Mutig.

Wir wollen uns **von den Mutigen inspirieren lassen.** Und wir wollen mutige Ideen mutig angehen.

Wir verstehen ökonomische und ökologische Herausforderungen nicht als Widerspruch, sondern gehen sie gemeinsam an. Dem Neuen wie dem Alten begegnen wir mit Offenheit. Politik mit Maß und Mitte will niemanden überfordern, aber jeden auffordern, seinen Beitrag zu leisten. Die Stärken eines jeden werden wir nutzen, um unser Land voranzubringen.

Möglich.

Wir wollen **immer den Blick für das Machbare behalten.** Wir suchen die vernünftigen Lösungen und haben das Wohl aller im Blick. Das verlangt von uns allen die Bereitschaft zum Kompromiss und Solidarität. Dabei leitet uns das christliche Menschenbild, unsere Verantwortung für uns und unseren Nächsten, für die Schöpfung für Tiere und Umwelt, für die Grundlagen des Zusammenlebens und für nachfolgende Generationen.

Machen.

Wir wollen uns nicht mit Bedenken aufhalten. Wir wollen unsere Ideen umsetzen. Wir wollen Rheinland-Pfalz zusammenhalten: Mit unserem Plan von der Zukunft und mit Bürgernähe in leistungsstarken Städten und Gemeinden, denn vor Ort werden die großen Fragen konkret.

Wir sind **stark im Team.** Zusammen stehen wir für **Wohlstand für alle.** Dieses Regierungsprogramm ist unser Angebot an Sie.

REGIERUNGSPROGRAMM DER CDU RLP 2021-26

INHALT

01 Neustart Rheinland-Pfalz:
Wir machen das. 04

02 Bindung und Bildung:
Wir sichern jedem Kind die gleichen Chancen. 09

03 Wohlstand und Arbeit:
Wir sichern Unternehmen und Arbeitsplätze. 16

04 Landwirtschaft, Weinbau und Umwelt:
Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit gehen nur zusammen. ... 24

05 Verkehr und Infrastruktur:
Wir machen Rheinland-Pfalz mobil. 29

06 Gesund leben – Gesund bleiben.
Wir sorgen vor. 34

07 Polizei, Justiz Feuerwehr und Rettungsdienste:
Wir investieren in unsere Sicherheit. 40

08 Demokratie und Gesellschaft:
Wir stärken unsere Gemeinden. 47

01 Neustart Rheinland-Pfalz: Wir machen das.

01.01 Deutschland ist mit uns handlungsfähig:

Ein Jahr der weltweiten Corona-Pandemie liegt hinter uns. Mit Impfstoff aus Rheinland-Pfalz haben wir begonnen, weltweit die Menschen zu immunisieren. Aber auch in Deutschland sind unzählige Menschen zum Teil schwer erkrankt oder gestorben. Dieses Leid macht uns betroffen. Mit (Teil-) Lockdowns konnten wir gemeinsam das exponentielle Wachstum der Ansteckungen bremsen und das Leben und die Gesundheit unzähliger Menschen retten.

Wir wollen dieses Regierungsprogramm mit einem Dank beginnen, einem Dank an Sie alle, die Bürgerinnen und Bürger, die sich zum Schutz des Nächsten, vor allem der besonders verletzlichen Bevölkerungsgruppen, so lange an die schmerzlichen Einschränkungen gehalten haben, einem Dank an die vielen Helferinnen und Helfer, die Ärzte, die Pflegekräfte, die Rettungsdienste, die Gesundheitsämter, unsere Bürgermeister und Landräte mit all ihren Mitarbeitern und namentlich an unsere Bundeskanzlerin und unseren Gesundheitsminister und einem Dank an die mutigen Forscherinnen und Forscher, die rund um den Globus fieberhaft nach Medikamenten und Impfstoffen gegen Covid19 forschen, an die beiden Mainzer BioNTech-Gründer, ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter und all die, die vor ihnen die Grundlagen für diesen Erfolg der neuen mRNA-Impfstoffe gelegt haben.

Wir alle haben zusammengehalten. Und Sie alle haben Deutschland zusammengehalten. Danke.

Wer die Union wählt,
bekommt eine handlungsfähige Regierung.

Wir wollen uns die Empfehlungen, der vom rheinland-pfälzischen Landtag eingesetzten Enquete Kommission Corona, als Richtschnur für unser weiteres Handeln nehmen. Wir wollen aus den Erfahrungen der Pandemie lernen. Durch einen **Ständigen Ausschuss in Krisenzeiten** stellen wir sicher, dass unser Parlament angesichts der ggf. erforderlich erheblichen Einschränkungen unserer Grundrechte intensiv eingebunden wird. Der Grundkonsens unserer Gesellschaft muss regelmäßig durch die Debatte, durch das Für und Wider und die Abstimmung im Landtag neu erarbeitet werden.

KONKRET:

Wir können uns auf unsere Männer und Frauen im öffentlichen Dienst verlassen. Das zeigt sich gerade in der Not. Wir wollen ihnen mehr Verantwortung zutrauen und Doppelzuständigkeiten sowie Hierarchien in der Verwaltung abbauen und dadurch **schneller entscheiden.**
Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Gesundheitsämter ein wichtiger Bestandteil unserer Verwaltung sind. Allerdings sind diese seit Monaten an der Belastungsgrenze. Wir fordern eine **bessere personelle Ausstattung der Gesundheitsämter,** um die Pandemie konsequent bekämpfen zu können.

01.02
Die Nothilfen wirken:

Ohne direkte Unterstützungen und Zuschüsse des Staates – gerade durch den Bund auf Grund einer langjährigen nachhaltigen Haushaltspolitik unter CDU-Führung – ohne Steuerstundungen und Notkredite, hätten viele Unternehmen die Pandemie nicht überlebt.

In Rheinland-Pfalz sind aber viele Hilfen nicht bei den Betroffenen angekommen. Während in anderen Bundesländern schnell und unbürokratisch geholfen wurde, hat die Landesregierung Gelder nur verzögert ausgezahlt. **Andere Bundesländer haben ihren Unternehmen deutlich schneller und effektiver unter die Arme gegriffen.** Dadurch sind dem Standort Rheinland-Pfalz Wettbewerbsnachteile entstanden.

Wer wegen fehlender Nothilfen
2021 keine Löhne und Steuern zahlen kann,
dem wurde 2020 nicht ausreichend durchs Land geholfen.

Kleine und mittelständische Unternehmen bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft. Mit einem Sonderfonds „Neustart Rheinland-Pfalz“ wollen wir diese auch aus der Krise erhalten und stärken. Wir wollen, dass alle **ISB-Förder- und Kreditprogramme** zusätzlich auch auf Corona-Folgenbeseitigung ausrichtet werden.

KONKRET:

Wir wollen allen Unternehmen bei der Wiedereröffnung, der **Restrukturierung** ihrer Unternehmen nach der Pandemie und bei der Tilgung der Notkredite helfen.
Mit einer gezielten rheinland-pfälzischen Tourismusstrategie wollen wir eine Stärkung der Branche erreichen. Wir setzen uns zudem für eine **Senkung der Mehrwertsteuer auf Speisen und Getränke** in der Gastronomie auf 7% ein.

01.03
Wir sichern Unternehmen und Arbeitsplätze:

Unsere Wirtschaft ist stark. Man muss sie nur lassen! Der Staat muss den richtigen Rahmen für gelingendes Wirtschaften und unsere nachhaltige und soziale Marktwirtschaft setzen. Abseits von Nothilfen ist er eigentlich immer der schlechtere Unternehmer.

Aber die Herausforderungen sind vielfältig: globaler Wettbewerb, Klimaschutz und Digitalisierung. Wir wollen dabei **Innovationsführer** sein, und dafür brauchen wir eine Wirtschaftspolitik mit einem Schwerpunkt auf Forschung und Innovation. Dies gilt insbesondere für Technologieführer aus dem industriellen Mittelstand. Wir wollen die Coronakrise als Chance begreifen, jetzt an den richtigen Stellschrauben für die Zukunft zu drehen. Wir wollen und werden den Beweis antreten, dass Klimaschutz und Industriearbeitsplätze miteinander vereinbar sind und setzen auf die enorme Innovationskraft unserer Unternehmen, insbesondere im Mittelstand.

Nachhaltig und sozial ist,
was Arbeit schafft.

Wir wollen mehr finanzielle Freiräume für die Wirtschaft und eine **Senkung der Steuer- und Abgabenlast für alle Unternehmen,** die mit ihrem Ideenreichtum und ihrem Fleiß die rheinland-pfälzische Wirtschaftskraft sichern und Arbeitsplätze schaffen. Aber auch die **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,** die unseren Wohlstand tragen und immer wieder neu erarbeiten, **brauchen eine Entlastung.**

Viele Länder in Europa und auch die USA haben in den letzten Jahren Anpassungen im Unternehmenssteuerrecht umgesetzt. Im Vergleich zu anderen Ländern ist die Belastung deutscher Unternehmen hoch. Um die Wettbewerbsfähigkeit unserer international agierenden Unternehmen in Rheinland-Pfalz, wie der BASF, zu sichern, setzen wir uns als Landesregierung auf Bundesebene für eine umfassende Modernisierung des Unternehmenssteuerrecht ein.

KONKRET:

Wir wollen
- eine Förderung der ISB für die **Digitalisierung von IT-Prozessen** in unseren Unternehmen,
- eine Strukturförderung für **dezentrales Arbeiten,** für Coworking-Spaces und für Home-Office und mobiles Arbeiten und
- die Prüfung, wo rechtliche Vorgaben und Verfahren erleichtert oder ggf. abgeschafft werden können, z.B. **vereinfachte Regelungen** bei Konzessionen, Genehmigungen, Datenschutz, die in einem Bürokratieentlastungsgesetz gebündelt werden sollen.

01.04
Jetzt alles für unsere Kinder tun:

Viele Einschränkungen wurden auf dem Rücken der Kinder ausgetragen. Die Schülerinnen und Schüler, die Lehrerinnen und Lehrer, die Eltern, alle haben ihr Bestes gegeben, und doch haben unsere Kinder nicht all das lernen können, was sie gebraucht hätten. Und **alle wurden sie vom Land mit den Herausforderungen allein gelassen.**

Wem bei Bildung nur „Desinfektionsmittel und Lüften“ einfällt,
der benachteiligt die Kinder der „Generation Corona“.

Wir wollen die **sofortige Weiterleitung aller Digitalpaktmittel** des Bundes an die Schulträger ohne das aufwendige Antragsverfahren bei der ISB. An der **„Anwenderbetreuung IT“** in den Schulen soll das Land sich pauschal mit 50% an den Kosten beteiligen.

KONKRET:

Die **Schulbaurichtlinien müssen flexibilisiert** und vereinfacht werden, damit Baumaßnahmen und Sanierungen in Schulen schneller durchgeführt werden können.
Neben der Sanierung und Modernisierung der Schulgebäude, müssen die Schulen für das Zeitalter der **Digitalisierung** fit gemacht werden. Dazu gehört nicht nur eine angemessene Ausstattung mit Sachmitteln, sondern auch die entsprechende Förderung und **Weiterbildung** der Lehrkräfte. Nur so kann erreicht werden, dass Schülerinnen und Schüler das nötige digitale Wissen vermittelt bekommen und die digitalen Infrastrukturen für den Unterricht von zu Hause vorhanden sind.
Eine entsprechende Unterstützung und Förderung durch Mittel des **“Digitalpakts Schule”** des Bundes ermöglicht dies.

01.05
Covid19-Patienten helfen:

Der Impfstoff für die Welt kommt auch aus Rheinland-Pfalz, aber weltweit und bei uns in Rheinland-Pfalz leiden Patienten an Covid19 und den Folgeschäden.

Die medizinische Forschung von heute ist die Gesundheit von morgen.

Wir wollen mit 20 Mio. Euro einen **Sonderforschungsfonds Pandemie** aufstellen und so unsere forschenden Pharmaunternehmen und unsere Universitätsmedizin stärken. Damit sollen bestehende Wissenslücken, insbesondere im Bereich der Spätfolgen von Covid-19, geschlossen werden.

Wir wollen ein **Krankenhaus-Zukunftsprogramm** und in einem ersten Schritt die Pauschalförderungen für die laufenden Investitionen in Krankenhäusern verdoppeln. Die Strukturen der Finanzierung stimmen einfach nicht mehr: Wir wollen Investitionen statt Insolvenzen. Und wir wollen, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz gesund bleiben und wieder gesund werden.

KONKRET:

Mit der **Stärkung und Förderung von medizinischer und pharmazeutischer Forschung** sowie der Erhöhung von Pauschalförderungen für die Krankenhäuser, soll die Finanzierung dieses Bereichs neu strukturiert werden. Neben der finanziellen Förderung, soll auch die freiwillige Organspende stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt und gefördert werden.

01.06
Zuversicht gewinnen:

Einsamkeit und Angst greifen in Corona-Zeiten um sich. Sorgen um die finanzielle Sicherheit oder die eigene Gesundheit und die der Angehörigen bestimmen oft unseren Alltag. Die beschränkten sozialen Kontakte und fehlenden Möglichkeiten der Freizeitgestaltungen sind das absolute Gegenteil davon, was die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer kennen und lieben.

Die Krise hat gezeigt, wie viele Menschen in Rheinland-Pfalz bereit sind zu helfen, sich zu engagieren und für andere da zu sein. **Wir sind das Land des Ehrenamts.** Aber wir werden auch wieder lernen müssen, wie ein aktives Miteinander und unser öffentliches Leben funktionieren kann. Der Umgang miteinander wird anders sein, als er es vor Corona war. Es wird dauern, bis sich Berührungsängste abbauen, wir uns wieder trauen Feste zu feiern, Konzerte zu besuchen, Sport- und Erlebnisangebote wahr zu nehmen.

Wer den Gemeinsinn stärkt,
schafft Hoffnung und Zuversicht in der Zeit nach Corona.

Wir wollen **Stätten der Begegnung** schaffen. Mit verlässlichen und vertrauenswürdigen Konzepten wollen wir helfen, die Gemeinschaft und das öffentliche Leben nach Corona zu stärken. Ihre Ängste sollen Menschen in Rheinland-Pfalz nicht davon abhalten, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Wir wollen das Beste, was viele Menschen in der Krise aus sich herausgeholt haben, auch nach der Krise zum Leuchten bringen. Wir wollen als Gesellschaft **Dank und Anerkennung** zollen.

Durch die Corona-Pandemie sind die **Sportvereine besonders hart getroffen.** Aufgrund des fehlenden Sportangebots gibt es viele Austritte und wenige neue Mitglieder. Die Landesregierung hat lediglich eine Pseudohilfe aufgelegt, von der kaum Vereine profitieren konnten. Wir werden als eine der ersten Maßnahmen, zur Unterstützung unserer Vereine, nach der Regierungsbildung die „Vereinshilfe Rheinland-Pfalz“ ins Leben rufen. Jeder Verein soll bspw. für jedes Mitglied unbürokratisch eine pauschale Unterstützungsleistung von 10 Euro erhalten.

Aber auch unabhängig der Pandemie und der derzeitigen Krise sind die ehrenamtlich tätigen Personen im Brand- und Katastrophenschutz sowie der gesamten Blaulichtfamilie eine wichtige Säule der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und leisten wichtige und großartige Arbeit für unser Allgemeinwohl. Hier gilt es, dieses Engagement besser wertzuschätzen, **bestmögliche Arbeitsbedingungen** zu schaffen und die **Nachwuchsgewinnung** durch die Schaffung von Anreizen aktiv zu unterstützen.

Darüber hinaus werden wir uns auf Bundesebene für die Schaffung eines verpflichtenden Deutschlandjahres einsetzen.

KONKRET:

Wir wollen die vielen jungen Helfer in ihrem noch frischen ehrenamtlichen Engagement bestärken und ein **Bonussystem** bei der Anerkennung von Wartesemestern für einen Studienplatz und für Meisterkurse einführen.
Für die individuelle Weiterentwicklung stehen wir für eine moderne Ausbildung und eine Ausweitung des **Fort- und Weiterbildungsangebotes.**
Zusätzlich möchten wir die Nachwuchsgewinnung für die Kräfte der gesamten Blaulichtfamilie fördern, indem die Möglichkeit geschaffen werden soll, den **Führerschein kostenlos** zu erwerben.

01.07
Vorsorgen:

Deutschland ist immer gut aus den Krisen der vergangenen Jahre gekommen, gerade im Vergleich mit anderen Regionen unserer Welt. Das gelingt uns dank Vorbereitung, dank stabiler Unternehmen, dank eines starken Mittelstands und funktionierender staatlicher Strukturen, dank unseres Gemeinsinns.

Wer vorbereitet ist,
meistert jede Krise.

Wir werden uns die Zeit nehmen und die Gesprächspartner suchen, um **über die Zukunft nachzudenken.** Wir wollen gut vorbereitet sein, auf neue Entwicklungen. Und wir wollen gestalten. Das Sicherheitsversprechen des Staats braucht Weitblick und Netzwerke. Zunächst: Unser kommunaler Katastrophenschutz muss mit festen Stellen besser ausgestattet werden.

KONKRET:

Wir wollen nach dem Modell der Kritis AG analog zum Technischen Hilfswerk (THW) den gesetzlichen Rahmen für die Arbeit eines **Cyberhilfswerks (CHW)** schaffen, dass bei Großschadenslagen im Bereich der kritischen IT-Sicherheit alle erforderlichen Helfer kurzfristig aus ihren „Zivilberufen“ zusammenziehen kann.

02 Bindung und Bildung: Wir sichern jedem Kind die gleichen Chancen.

02.01 Wahlfreiheit und Beitragsfreiheit:

In den ersten Lebensjahren sind Kinder so aufnahmefähig wie zu keinem späteren Zeitpunkt. Voll Neugierde und Freude entdecken sie die Welt, lernen mit allen Sinnen. Kindertagesstätten sind ein wertvoller Baustein des Bildungssystems. Die Erzieherinnen und Erzieher bieten eine verlässliche Begleitung, aber Tagesmütter für Kleinkinder fehlen. Und flexible Nachmittagsbetreuung kostet die Familien viel Geld.

Wer Familien stärken will, braucht beides:
verlässlich einen Kita-Platz und Hilfen für zu Hause.

Vielfalt ist der Schlüssel guter Familienpolitik.

Wir wollen die Arbeit von **Tagesmüttern** unterstützen, Kindertagesstätten insbesondere **in freier und kirchlicher Trägerschaft und Elterninitiativen** besser fördern. Alle Träger von Kindertagesstätten müssen sich darauf verlassen können, dass das Land die Kosten für diese wichtige bildungspolitische Leistung umfänglich übernimmt und die Kommunen damit nicht im Regen stehen lässt.

Wir wollen aber auch mehr Home-Office nach Ende des Elterngeldbezugs ermöglichen, damit Eltern auch eigenverantwortlich besser für ihre Kinder sorgen können. Wir wollen mehr Finanzmittel zur Verfügung stellen, damit die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** keine Floskel bleibt und Eltern nicht vergeblich auf Rechtsansprüche setzen.

Wir sind offen für **flexible Lösungen im Sinne der Familien,** für Betriebskindergärten, für Kitas mit erweiterten Öffnungszeiten, für Schulkindergärten und für Kombiplätze.

Zudem brauchen wir deutliche Verbesserungen des sogenannten **Kita-Zukunftsgesetzes.** Wir werden daher mehr Zeit für Kinder schaffen. Die Erzieherinnen und Erzieher müssen sich gut auf die Erziehungsarbeit mit den Kindern konzentrieren können. Dass 2- und 6-Jährige die gleiche Personalzuweisung auslösen, ist nicht nachvollziehbar und wird von uns an die Realität angepasst werden. Um den Rechtsanspruch zur durchgehend siebenstündigen Betreuung schnell umzusetzen, wollen wir die Träger besser unterstützen.

KONKRET:

Wer sich für **flexible und offene Angebote der Betreuung** in Schule und Hort entscheidet, soll dafür nicht länger Elternbeiträge entrichten müssen. Gleichzeitig müssen offene Angebote, die unter anderem durch ehrenamtliches Engagement getragen werden, gleichgestellt werden.
Das ist echte Wahl- und **Beitragsfreiheit.**
Die Kommunen müssen hier in voller Höhe dauerhaft vom Land finanziell entschädigt werden.

02.02
Familienfreundlich planen:

Nicht nur in Städten gibt es zu wenig Raum für die Menschen, zu wenig Freiraum. Auch auf dem Land fehlt Raum, insbesondere für die Kinder, sichere Freiräume.

Wer Vorfahrt für Familien fordert,
muss Freiräume bewahren.

Wir wollen Freiflächen bewahren, Spielplätze und Kulturtreffs, Sportplätze und Schwimmbäder sanieren und neue Plätze und Parks schaffen – und dabei auch Rückzugsräume, in denen man unbeobachtet auf einen Baum klettern oder mit Ranzen als Tore Fußball spielen kann.

KONKRET:

Wir wollen 125 Millionen Euro in die Sanierung der Schwimmbäder und, wo kein Schwimmbad zeitnah erreichbar, in den Bau von Lehrschwimmbecken im Land investieren – damit unsere Kinder sicher schwimmen lernen. Hierzu erhalten Lehrschwimmbecken in der Schulbaurichtlinie den gleichen Förderstatus wie Sporthallen. **Jede Grundschülerin und jeder Grundschüler soll das „Seepferdchen" machen.**
Außerdem leisten Schwimmbäder einen erheblichen Beitrag zum Erhalt der Gesundheit in Rheinland-Pfalz.
Neben dem Raum für Bewegung, bieten sie die Möglichkeit von therapeutischen Möglichkeiten wie beispielsweise Rheumakurse.

02.03
Wir lassen Kita und Schule im Dorf:

Vor Bildung kommt Bindung. Kinder wollen wissen, wo sie hingehören. Das gibt Sicherheit, das macht sie stark. Dazu gehört ihre Verwurzelung in der Familie, dann kommt aber ganz schnell die Verwurzelung im Ort, in der Nachbarschaft.

Wer Kindern Heimat geben will,
muss kleine Kitas und Schulen erhalten.

Wir wollen den **Erhalt kleiner Kindergärten und Schulen.** Kurze Beine. Kurze Wege. Das gilt für alle Kinder, das gilt aber insbesondere für Kinder mit Förderbedarf, die oft weite Wege in Kauf nehmen und von ihrem heimischen Umfeld abgeschnitten sind.

Wir wollen mehr Zeit für Kinder und wir wollen deshalb zusätzliches Fach-Personal für die Verbesserung der Betreuungsqualität in unseren Kitas. Dafür muss die Ausbildung als Fachkraft attraktiver gemacht werden.

KONKRET:

Für kleine Kitas wollen wir einen **Bonus beim Personalschlüssel.** Leitungs- und Verwaltungsaufgaben, Küche und Reinigung sollen besser berücksichtigt werden.

02.04
Ohne Lesen und Schreiben geht es nicht:

Als Christdemokraten leitet uns ein umfassender Bildungsbegriff. Früher legte unser Land die Messlatte hier hoch. Heute zeigen Studien, dass mehr als ein Drittel der Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz am Ende der vierten Klasse nicht richtig lesen und schreiben können.

Unsere Kinder haben ein Anrecht auf gründlich erlernte Rechtschreibung, denn sie ist das Fundament aller kulturellen Weltaneignung. Unser Land soll wieder Vorbild werden.

Wer im Kindergartenalter den Sprachstand erhebt,
kann im Bedarfsfall noch rechtzeitig fördern und unterstützen.

Unsere Kindertagesstätten brauchen schlicht **mehr Personal,** denn es kommt auf die Beziehung an. Die Erzieherinnen und Erzieher möchten den Fokus auf Zeit mit den Kindern und nicht die Bürokratie legen.

Kita und Schule brauchen zudem mehr Verbindlichkeit in der Ausbildung und der Zusammenarbeit. Eine Sicherstellung der Schulreife erfolgt durch verpflichtende Projekte oder eine **Startergruppe im letzten Kindergartenjahr.**

Wir erkennen außerdem die hilfreiche und erfolgreiche Arbeit der Schulkindergärten an und wollen diese wieder stärken.

KONKRET:

Damit der Schulstart aller Kinder gelingen kann, braucht es außerdem **eine Stunde mehr Deutsch** in jeder Grundschule.

02.05
Wir garantieren Schule:

10 Prozent des Unterrichts fällt aus oder wird nicht adäquat vertreten. Das darf nicht länger verschleiert werden. Unsere Kinder wollen fördernden und fordernden Unterricht. Bildung sichert Lebensperspektiven, insbesondere für Kinder, die mehr Unterstützung brauchen. Jede Stunde, die ausfällt oder einfach nur überbrückt wird, schmälert ihre Chancen. **Bildung ist die neue Soziale Frage.**

Wer fröhliche, motivierte Schülerinnen und Schüler will,
muss mehr Lehrer einstellen.

Wir wollen **zusätzliche und feste Lehrerstellen für alle Schularten – und Schulsozialarbeit an jeder Schule.**

Wir wollen dem **Lehrerberuf mehr Wertschätzung und mehr Zeit** für die Aus- und Weiterbildung zukommen lassen und so mehr Personal gewinnen. So sollte das Referendariat wieder auf zwei Jahre ausgeweitet werden. Und wir wollen unsere Lehrerinnen und Lehrer so stellen, dass wir sie nicht mehr an andere Bundesländer verlieren, die **schlicht besser zahlen** und bessere Chancen bieten.

KONKRET:

Unser Ziel ist die 105%ige Lehrerversorgung, denn wir wollen die **100%ige Unterrichtsgarantie für unsere Kinder.**

02.06
Kleine Klassen:

Für das, was Schule heute alles leisten soll, sind die Klassen zu groß. In Kleingruppen lernen Kinder besser, gerade auch von den anderen Kindern in ihrer Klasse. Vor allem ist Schule neben dem Elternhaus (vom reinen Lernort) zum Lebensraum geworden.

Wer will, dass Kinder neugierig auf die Welt sind,
muss neugierig sein auf die Welt der Kinder.

Pädagogik bedeutet, Kinder an die Hand zu nehmen. Das braucht die Zeit und Kraft der Lehrerinnen und Lehrer für jedes einzelne Kind.

KONKRET:

Wir wollen in der Regel die **Klassenmesszahl auf 20 Schülerinnen und Schüler** in einem ersten Schritt in der Grundschule senken, damit die Lehrkraft alle Kinder im Blick behalten kann.

02.07
eLearning jetzt:

Die Zeit des Homeschoolings hat gezeigt, dass der digitale Fernunterricht flächendeckend nicht immer funktioniert. Die klaren Vorgaben eines Lehrplans für Digitalunterricht fehlten, Plattformen für den Fernunterricht waren nicht erreichbar. Das Thema Digitalisierung ist zwar flächendeckend in der Schule angekommen, Schulen und Lehrer wurden aber mit der Aufgabe, neue pädagogische Konzepte zu erarbeiten, allein gelassen.

Wer will, dass unsere Kinder morgen die Zukunft gestalten,
muss sie heute in digitale Welten begleiten.

Wer Chancen und Risiken der digitalen Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts und der neuen Medien nutzen und den Standort Rheinland-Pfalz und die Menschen stärken will, braucht neue Schlüsselkompetenzen. Wir wollen sichere Plattformen für Kommunikation und digitalen Unterricht. Wir wollen **Fachkräfte für Digitales für jede Schule,** den sogenannten „Digitalen Hausmeister".

Und digitaler Unterricht ist teuer - zum einen für die Schulträger (deshalb fordern wird eine 50:50-Finanzierung aller Digitalinvestitionen der Schulträger mit dem Land), zum anderen für die Eltern. Die für digitale Endgeräte für Schüler und Lehrer vom Bund bereitgestellten Milliarden müssen in ein Leihsystem vergleichbar der Schulbuchausleihe investiert werden.

KONKRET:

Mit digitalen Endgeräten ist es nicht getan. Kinder dürfen nicht nur konsumieren, sondern auch **digitale Kulturtechniken erlernen und beherrschen.** Digitale Kompetenzen sind Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen und müssen daher in allen Fächern vermittelt werden. Demnach müssen auch alle Lehrerinnen und Lehrer in diesem Bereich aus- und weitergebildet werden.
Zusätzlich müssen Lehrerinnen und Lehrer, Methoden an die Hand bekommen und erarbeiten, wie Medien sachgerecht und angemessen in jeglichem Unterricht eingesetzt werden können, um die Unterrichtsinhalte mit digitaler Unterstützung zu vermitteln.
Zur zusätzlichen Personalgewinnung im Fach Informatik wollen wir einen **Weiterbildungs-Studiengang für Lehrer** aus fachverwandten Disziplinen.

02.08
Vergleichbare Abschlüsse:

Schulabschlüsse sollen die Reife bescheinigen und dienen keinem Selbstzweck. Es ist wichtig, sich auf ihre Aussagekraft verlassen zu können. Eine echte Vergleichbarkeit rheinland-pfälzischer Abschlüsse ist jedoch nicht gegeben.

Wer will, dass sich Schülerinnen und Schüler, Betriebe und Hochschulen wieder auf den Wert einer Note verlassen können, muss die Abschlussprüfungen vergleichbar machen.

Deshalb ist es am Ende des 4. Schuljahrs wichtig, dass alle Schülerinnen und Schüler die gleichen Lerninhalte erworben haben.

Wir wollen, dass unsere Schülerinnen und Schüler ihr Können am Ende ihrer Schulzeit, sei es nach neun, zehn, zwölf oder nach 13 Jahren beweisen können. **Zentrale Abschlussprüfungen** sorgen für eine objektive Leistungserhebung; sie geben Schülerinnen und Schülern ein Zeugnis in die Hand, auf dass sie stolz sein können. Leistung soll sich wieder lohnen.

KONKRET:

G8GTS und G9 haben ihre Berechtigung. Die Wiedereinführung von vollen Schuljahren ist Teil unserer Offensive für mehr Verbindlichkeit und Verlässlichkeit in der Schule. „Schnelllernern“ muss die Möglichkeit ihres vorzeitigen Abschlusses durch G8GTS erhalten bleiben.

02.09
Gemeinsam leben. Gemeinsam lernen:

Nicht jedes Kind, jede Schülerin und jeder Schüler braucht das Gleiche. Unterschiedliche Bedürfnisse wahrnehmen und berücksichtigen, Schwächen und Probleme auffangen, konkret helfen und jedem die besten Möglichkeiten der Teilhabe bieten – das wollen wir! Förderkindergärten, sowie integrative Kindertagesstätten, Förderschulen sowie Regelschule, leisten bei der Inklusion gute Arbeit. Bürokratische Hürden und Verwaltung machen die Arbeit jedoch an in vielen Stellen schwerfällig. Das belastet Kinder und Angehörige stark und kostet wertvolle Zeit!

Wer eine faire Bildung will,
muss jedem das geben, was er oder sie braucht.

Die Kinder, Eltern und Beschäftigten unserer Bildungseinrichtungen brauchen Verlässlichkeit. Dazu zählen auch feste Ansprechpartnerinnen und -partner für die heilberuflichen Behandlungsfelder. Therapeutische Arbeit braucht Vertrauen und Beständigkeit.

KONKRET:

Integration von Kindern mit Beeinträchtigungen darf nicht unter Bürokratie leiden. Wir wollen eine praktikable und **zeitnahe Umsetzung von Hilfemaßnahmen** im integrativen Bereich. Wir wollen zusätzliches Personal in unseren Bildungseinrichtungen, beginnend in der Kindertagesstätte, zum Beispiel im Bereich **Ergotherapie und Logopädie.**

02.10
Kinderschutz vor Datenschutz:

Sexualisierte Gewalt lässt Kinder absolut hilflos und ausgeliefert zurück. Die körperliche und seelische Schädigung führt zu einem äußerst gravierenden traumatischen Erlebnis. Daher sind die Prävention und der Schutz der Opfer sehr wichtig. Das Land ist besonders in der Pflicht, den Schutz jedes Kindes und Heranwachsenden in der Schule zu garantieren. Opfer trauen sich nicht, Übergriffe zu melden. Daher ist die Dunkelziffer vermutlich hoch. Es ist daher die Pflicht der Schulaufsicht, die Opfer vor möglichen Tätern im Schuldienst zu schützen.

Wer das Wohl unserer Kinder auch nur gefährdet,
muss harte Strafen fürchten.

Wir wollen, dass unsere Kinder in der Schule sicher sind und ein vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Lehrerinnen und Lehrern aufbauen können, denn ohne Bindung keine Bildung, ohne Nähe keine Vorbildfunktion der Lehrenden für die Lernenden.

KONKRET:

Wir wollen einen **Missbrauchsbeauftragten für jede Schule.** Ergänzend soll ein Landesbeauftragter als von Ministerium, ADD und Schule unabhängiger Ansprechpartner für sexualisierte Gewalt in der Schule berufen werden.

REGION WESTPFALZ
Bindung und Bildung

Forderung 1

Unsere Kinder brauchen eine optimale Betreuung von Anfang an. Die Personalschlüssel in den Kitas müssen verbessert werden, insbesondere um auch die Sprachförderung zu gewährleisten. Das Land muss zukünftig Investitionen in die Kitas mehr fördern!

Forderung 2

Wir wollen auch kleine Grundschulen in den Orten erhalten. Die Digitalisierung an den Schulen unterstützen wir durch mobile Endgeräte für alle Schüler. Die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte passen wir darauf an.

Forderung 3

Die Universitäten und Hochschulen in Kaiserslautern, Pirmasens und Zweibrücken wollen wir für die zukünftigen Aufgaben stärken. Der Investitionsstau muss dringend abgebaut werden.

WIR MACHEN DAS.

03 Wohlstand und Arbeit: Wir sichern Unternehmen und Arbeitsplätze.

03.01 Es muss ein Klick durchs Land gehen:

Funklöcher, langsame Verbindungen, fehlender Breitbandausbau. Viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer leben und arbeiten im „DigiTal“, aber der Alltag ohne digitale Anbindung funktioniert nicht. Dabei sind Bürger und Unternehmen der Landesverwaltung in der ganz alltäglichen Nutzung digitaler Medien weit voraus.

Wer Wohlstand und Fortschritt will,
braucht flächendeckend sichere Netze.

Wir wollen, dass **Digitalisierung Chefsache** wird und schaffen einen Geschäftsbereich Digitale Strategie und Entwicklung mit Digitalminister und Digitalstaatssekretär. Dazu gehört auch: Mittel die dem Land zustehen, müssen verlässlich abgerufen werden. Wir wollen eine Digitalisierungsinitiative für den öffentlichen und privatwirtschaftlichen Bereich. Datenschutz und Datensicherheit, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung wie geeignete Maßnahmen, um den Schutz der Daten zu gewährleisten, sind Voraussetzung und Bedingung, um digitale Angebote und Vernetzung voranzubringen.

Fortschritt im digitalen Bereich darf nicht zu Lasten der individuellen Sicherheit gehen. Bei aller Vernetzung muss die Sicherheit von persönlichen Daten gewährleistet sein. Mit dieser Vorgabe werden wir **alle Behördengänge und alle Formulare digitalisieren** und landeseinheitlich die Verwaltungsaufgaben auf einer App bündeln. Die "Digitalisierung der Verwaltung" ist in erster Linie von den Kommunen zu leisten, da die Bürgerschaft zuvorderst in Kontakt mit der kommunalen Ebene tritt. Damit die Kommunen das Onlinezugangsgesetz bis Ende 2022 umsetzen können, sind weitere finanzielle Mittel zwingend notwendig.

Wir werden die Funklöcher schließen und den schnellen Breitbandausbau und schnelles Internet per Funk flächendeckend in Rheinland-Pfalz schultern.

KONKRET:

Wir wollen nach dem Vorbild anderer Bundesländer mit **landeseigenen Funkmasten** den Netzausbau beschleunigen. Diese sollen an private Mobilfunkanbieter vermietet werden. Schnelles Internet muss flächendeckend eine Selbstverständlichkeit sein. Die Kommunen werden durch zusätzliche Landesmittel finanziell in die Lage versetzt, ihre Verwaltungsleistungen zu digitalisieren.

03.02 Der Arbeitsplatz der Zukunft:

Moderne Arbeitsabläufe und Kundenbeziehungen machen mehr digitales Arbeiten notwendig, digitales Arbeiten macht mehr Home-Office möglich. Das bringt oft Vorteile, das bringt manchmal auch Nachteile.

Wer sichere Arbeitsplätze will,
muss neue Arbeitswelten aktiv gestalten.

Wir wollen ein modernes und sicheres Arbeitsumfeld für unsere Unternehmen, alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und **Arbeitnehmerrechte** in der digitalen Arbeitswelt entwickeln und schützen. Deshalb wollen wir unter anderem Arbeitnehmern die Möglichkeit geben **im Home-Office zusätzlich entstehende Nebenkosten abzusetzen.**

KONKRET:

Wir wollen, wo es sinnvoll ist, in den Gemeinde **Gemeinschaftsbüros, sogenannte Coworking-Spaces.** In Kooperation mit Firmen vor Ort und den regionalen Banken unterstützen wir die Kommunen dabei voll ausgestattete Arbeitsplätze, sogenannte Coworking-Spaces, zur **Entlastung von Pendlern** und des Home-Offices zur Verfügung zu stellen.

03.03
Mit Mut gründen:

Deutschland ist das Land der Ingenieure und wir wollen es auch bleiben. Gründungen und neue Patente sind der Motor für unseren Wohlstand. Momentan gründen nur 2 Prozent der Start-Ups in Rheinland-Pfalz.

Wer die Patente des 21. Jh. schreiben will,
braucht Mathe, Physik, Biologie, Chemie
und Informatik in der Schule.

Wir wollen **Forschergeist und Neugier, Unternehmergeist und Wirtschaftskompetenz** zusammenbringen. In allen Schulen, vor allem in unseren Berufs- und Meisterschulen und Hochschulen wollen wir Gründerkultur vermitteln. Auch sollen Wissenschaft und Innovation in einem Ministerium zusammengeführt werden.

Junge Gründer brauchen zudem ein **Start-Up-Ökosystem,** das sie bei der Gründung unterstützt, statt einem Bürokratie-Dschungel, der sie abhält. Die Förderung von Technologie-basierten Unternehmensgründungen soll ohne vermeidbaren Verwaltungsaufwand für die Gründer erfolgen. Wir wollen dazu analog zum Umsatzsteuergesetz Kleinunternehmerregelungen in anderen Bereichen einführen.

Darüber hinaus wollen wir kommunale **Gründerzentren und Netzwerke** unterstützen, in denen Gründungsinteressierte, Wissenschaftler und Geldgeber neue Geschäftsideen katalysieren. Sie brauchen erleichterten Zugang zu Kapital – auch in der Wachstumsphase.

KONKRET:

Wir wollen ein **Gründer-Stipendium,** damit junge Unternehmerinnen und Unternehmer den Schritt in die Selbstständigkeit wagen, ohne von Existenzängsten geplagt zu sein. Eine Geschäftsidee zu fördern ist das eine; wer gründet, muss aber auch wissen, wie er die Miete bezahlen soll.

03.04
Exzellente Hochschulen:

Wir möchten unsere Universitäten in den Top-Rankings der Hochschulen sehen. Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz stehen vor enormen Finanzierungsschwierigen: Stellen bleiben unbesetzt, Berufungen scheitern, gute Leute verlassen das Land, in Gebäude, in Ausstattung, in Bibliotheken wird zu wenig investiert.

Exzellenz blüht nur unter großen Kraftanstrengungen. Abseits weniger Leuchttürme steht oft die reine Ausbildung im Vordergrund.

Wer innovative Köpfe will,
muss bereit sein, innovative Köpfe zu bezahlen.

Unsere Hochschulen sollen national und international ein Aushängeschild sein. Deshalb muss exzellente Forschung und Lehre durch das Land angemessen gefördert werden.

Wir werden Forschungscluster in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Biotechnologie und Batterie- und Wasserstofftechnik etablieren oder vorhandene Cluster weiter stärken.

Neben starker Grundlagenforschung wollen wir die **anwendungsorientierte Forschung** und wirtschaftliche Nutzung von Forschungsergebnissen durch unbürokratische Förderung von Ausgründungen und kommerziellen Kooperationen fördern. In der Technologieförderung wollen wir Wettbewerbe ähnlich der US-amerikanischen DARPA Challenges testen.

KONKRET:

Wir wollen im **Akademischen Mittelbau** zusätzliche Planstellen schaffen, sodass Forschung und Lehre gestärkt werden. **Planbarkeit** ist essenziell für die Attraktivität und Qualität unserer Hochschulen.
Wer forscht, soll den Kopf freihaben für die Forschung.

03.05
Wir sind stolz auf unsere Industrie:

Ob das mit künstlicher Intelligenz aus Rheinland-Pfalz vollgepackte „SchlAuto“, ob der Impfstoffe aus Mainz gegen COVID-19, ob Wasserstofftechnik für moderne Mobilität und als Energieversorgung für das 21. Jahrhundert, Rheinland-Pfalz hat innovative Industrie.

Wer in das Land der Ingenieure investiert,
schafft Lösungen für die Welt.

Wir wollen **Rheinland-Pfalz zum Musterland für die Industrie** der Zukunft machen.

Digitalisierung und künstliche Intelligenz (KI) spielen hierbei neben **Wasserstoff- und Quantentechnologie** eine zentrale Rolle.

Hierbei müssen gute Rahmenbedingungen für einen breiten Transfer aus Forschung in Innovation und Wirtschaft vor Ort geschaffen werden.

Gerade die Forschungsstandorte in Kaiserslautern, Mainz und Trier mit Instituten und Zentren der Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) bieten hierbei eine gute Basis. Jetzt müssen diese stärker mit den Universitäten, Hochschulen und der Wirtschaft regional vernetzt und zu einer Keimzelle für neue Innovation ausgebaut werden.

Der Pakt für Forschung und Innovation des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) bietet hierbei Fördermöglichkeiten. Innovation lebt von Wettbewerb. Hierzu müssen wir die Fähigkeit erlangen, über Grenzen hinweg zu denken und die Chancen zu nutzen. Gerade die Zusammenarbeit zwischen dem DFKI in Saarbrücken und Kaiserslautern, aber auch die Europaregion Trier, bieten dabei vielfältige Chancen, zu Leuchttürmen europäischer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schlüsseltechnologien ausgebaut zu werden. Diese wollen wir strategisch weiterentwickeln.

KONKRET:

Wir fordern deshalb, dass Unternehmen, die nach **ISO 27001 (Datensicherheits-Managementsysteme)** zertifiziert sind, weiterhin Betriebsausgaben für ihre IT-Infrastruktur steuermindernd geltend machen können. Als weiteren Baustein für mehr Datensicherheit wollen wir Unternehmen, die zertifiziert sind, bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen bevorzugt behandeln.

03.06
Handwerk hat goldenen Boden:

Corona hat einmal mehr gezeigt, dass die Grundpfeiler der rheinland-pfälzischen Wirtschaft **der Mittelstand und die Familienunternehmen** sind. Durch ihre qualitativ hochwertige Arbeit und Erzeugnisse, sind sie Botschafter der erfolgreichen und verlässlichen Wirtschaft unseres Landes.

Die Unternehmen der Wirtschaft, die öffentliche Infrastruktur und die privaten Haushalte sind auf ein hochqualifiziertes, leistungsfähiges Handwerk angewiesen.

Die technische Entwicklung stellt an die verschiedenen Handwerksberufe immer höhere Kompetenzanforderungen. Deshalb braucht das Handwerk lernfähigen Nachwuchs mit guter Schulbildung und Abschlüssen der weiterführenden Schulen. Dort soll das Handwerk als attraktiver Berufsweg bewusst gemacht werden, indem motivierte und talentierte junge Menschen gefördert und gefordert werden. Die handwerkliche Ausbildung muss in ausbildungsberechtigten Betrieben erfolgen, die von Personen mit Meisterqualifikation geleitet werden.

Die betriebliche und die schulische Berufsbildung werden durch spezielle Beiträge überbetrieblicher Ausbildungsstätten ergänzt.

Wer eine starke Wirtschaft will,
unterstützt Mittelstand und Familienunternehmen.

Wir wollen Bildung und Wirtschaft zusammendenken, denn unsere Unternehmen brauchen **Fachkräfte.** Unsere im internationalen Vergleich vorbildliche duale Berufsausbildung sichert den hohen Ausbildungsstand. **Dazu müssen die Berufsschulen besser ausgestattet werden.** Insbesondere der hohe Unterrichtsausfall an berufsbildenden Schulen muss der Vergangenheit angehören. Wir wollen auch hier eine lückenlose Unterrichtsversorgung.

Daneben wollen wir **handwerkliche Berufe wieder attraktiver machen.** Auszubildende sollen ebenso wie Studierende von vergünstigten ÖPNV-Tickets und Wohnraum profitieren. Auch wollen wir, dass das Duale Studium in Rheinland-Pfalz den Stellenwert bekommt, der ihm bspw. in Baden-Württemberg zurecht zukommt.

Schrittweise muss auch die Weiterbildung zur **Meisterqualifikation als öffentlicher Bildungsauftrag** wie das Hochschulstudium durch das Land finanziert werden.

Ausbildungsberufe im Handwerk sind attraktiv. Um diese Attraktivität weiter zu steigern, muss das Land deren **Anschlussfähigkeit in Weiterbildung bis hin zum Studium** ausbauen.

Gerade auch für Zuwanderer und junge Menschen aus Zuwandererfamilien muss der Zugang zum Handwerksberuf eröffnet und gefördert werden, mit dem Erlernen der deutschen Sprache, Förderkursen und Ergänzung handwerklicher Qualifikationen aus den Herkunftsländern.

Unsere Betriebe sollen zudem Zeit zum Arbeiten und zum Ausbilden haben. Wir wollen sie deshalb von vermeidbarer Bürokratie entlasten.

KONKRET:

Wir wollen eine **kostenlose Fachwirt- und Meisterausbildung** in allen Lehrberufen in Rheinland-Pfalz.

03.07
Energie und Klimaschutz:

Die Energiewende und die Rettung unseres Klimas sind globale Aufgaben, aber sie beginnen im Kleinen. Die Landesregierung verfehlt zwar ihre selbstgesteckten Klimaschutzziele deutlich, das Erreichte soll aber nicht geringgeschätzt werden. **Rheinland-Pfalz braucht eine sichere, bezahlbare und klimaschonende Versorgung mit elektrischer Energie.** Die Energiewende kann nur marktwirtschaftlich gelingen. Dazu setzt sich das Land in Bund und EU dafür ein, dass der Handel mit stetig weniger CO2-Zertifikaten das zentrale wirtschaftliche Steuerungsmittel für den Umbau zu einer CO2-freien Wirtschaft wird. Die Förderung von Windkraft- und Solarstromanlagen soll durch Ausschreibungen nach dem geringsten Förderbedarf auf den dafür wirtschaftlich am besten geeigneten und am wenigsten landschaftsschädlichen Flächen erfolgen.

Zur Sicherung von ständig verfügbarer Regelenergie im Zuge der Abschaltung der Kernkraftwerke und der Kohlekraftwerke sollen die Koppelstellen zu den Stromnetzen der europäischen Nachbarn verstärkt werden.

Das Land prüft und unterstützt zur Sicherung der Regelenergie moderne und hocheffiziente Gaskraftwerke als Übergangstechnologie. In Abstimmung mit dem Bund und anderen Ländern leistet Rheinland-Pfalz seinen Beitrag zu Entwicklung und Erprobung neuer Energietechniken, die dazu beitragen, auch für industrielle Prozesswärme und die Gebäudeheizung CO2-Emmissionen zu vermeiden. Dazu gehört unser Beitrag zur Entwicklung der Wasserstofftechnologie.

Wer den Erfolg der Energiewende will,
muss auf Marktmechanismen setzen.

Klimaschutz und Energie dürfen nicht zum Zielkonflikt werden, denn echten **Klimaschutz gibt es nur mit glaubwürdigen und langfristig sicheren Energiekonzepten.** Wir wollen solche Konzepte an einem neuen **Klimacampus** entwickeln.

KONKRET:

Wir wollen sicheres „smart metering“ flächendeckend im Land, um ein **Preissignal für netzdienliches Verhalten** jederzeit und individuell nutzen zu können. Damit entscheiden wir uns als Verbraucher, aber auch unsere Unternehmen, für den günstigsten Strom, für den Strom, der, wenn Wind weht und die Sonne scheint, im Überfluss vorhanden ist.

03.08
Rheinland-Pfalz unter Strom:

Unternehmen brauchen Energie und Energiesicherheit. Dabei ist gerade die Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien ein Standortvorteil, um Unternehmen klimaneutral zu stellen. Deshalb unterstützen wir das Ziel, bis 2030 Strom bilanziell zu 100% aus erneuerbaren Energien zu produzieren.

Auch hier hilft das Prinzip der Bioökonomie, dass Innovation und Technologie die besten Klimaschützer sind:
Seit 1990 hat Rheinland-Pfalz seine CO2-Emissionen um 37% reduziert. Rund 80% dieser Reduktion gehen auf Prozessoptimierungen der Chemie (Vermeidung von Lachgas) zurück.

Wer mehr Ökostrom erzeugen will,
muss alle erneuerbaren Energien in den Blick nehmen.

Wir wollen, dass der Ausbau von **Wind- und Solarenergie** und das sogenannte Repowering mit den Bürgerinnen und Bürgern vollzogen wird und nicht gegen sie. Es soll nicht über die Köpfe hinweg entschieden werden, was sich dann über den Köpfen drehen soll. Für **Photovoltaik** sehen wir auf privaten Häusern, aber auch auf gewerblichen Bauten und

Parkplätzen viel Potenzial. Die Planungsgemeinschaften sollen neue Standorte für **Windenergieanlagen** an Standorten mit großer Windhäufigkeit, aber geringen Beeinträchtigungen von Landschaft und Wohngebieten suchen. Gesunde Waldflächen – besonders Laubbaum-Bestände – werden als Gebiete für die Windkraftnutzung ausgeschlossen.

KONKRET:

Für die Windenergie gilt: Erhalt vor Neubau. Wir setzen uns für ein konsequentes **Repowering alter Anlagen, unter Beachtung der Abstände zur Wohnbebauung,** ein. So lässt sich ein Plus von 25% der installierten Windenergie erreichen, ohne einen neuen Standort zu erschließen.

03.09
Innenstädte stärken:

Belebte Innenstädte bedeuten Begegnung und direkten Austausch mit anderen. Der Trend zum rund um die Uhr von zuhause aus möglichen Onlinehandel setzt dem Einzelhandel aber zu und Corona hat den Trend verstärkt. Leerstände, Dominanz von „Billigläden“ und vernachlässigte öffentliche Flächen führen zu einer Abwärtsspirale. Attraktive Innenstädte sind aber möglich. Auch unsere Gastronomie und das Gastgewerbe sind Teil starker und belebter Innenstädte!

Runter von der Couch, rein in das Leben.
Ideen und Engagement für eine lebendige City.

Wir werden die jüngsten Änderungen am Gesetz über lokale Aufwertungs- und Entwicklungsprojekte (LEAP) auf ihre Praxistauglichkeit prüfen und bei Bedarf das Gesetz nachjustieren. Als Anreiz für die Eigeninitiative der LEAP-Beteiligten werden wir Pilotprojekte fördern und die Städte bei der Umsetzung beraten.

Gegen Leerstand werden wir nach dem Vorbild von NRW die **Zwischenanmietung durch die Kommune unterstützen,** damit z. B. Kunst und Kultur als Zwischennutzung einziehen können. Außerdem braucht es baurechtliche Privilegierungen gegen den Leerstand.

Wir werden einen verkaufsoffenen Sonntag pro Kalenderhalbjahr anlassunabhängig rechtssicher ermöglichen.

Auch wollen wir Konzepte erarbeiten, mit denen wir Kultur- und Veranstaltungszentren, Kneipen und Diskotheken in Zukunft wieder stärken können. Nur so können wir auch den durch die Pandemie gebeutelten Künstlerinnen und Künstlern langfristig helfen. Auch ein funktionierendes Nachtleben ist ein Standortfaktor.

KONKRET:

Wir werden in fünf Städten **LEAP-Projekte als Beispiele finanziell besonders fördern,** damit alle von den Erfahrungen bei den Projekten profitieren können.

03.10
Investieren und Haushalten:

Jeder von uns, auch der Staat, kann auf Dauer nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Aktuell lasten auf jedem von uns, vom Säugling bis zum Greis, aber rund 10.000 Euro Schulden von Land und Gemeinden. Geld, dass wir werden zurückzahlen müssen. Gleichzeitig kommen deutschlandweit sechs der zehn am höchsten verschuldeten Kommunen aus Rheinland-Pfalz.

Wer es gut meint mit dem Land,
investiert klug und handelt sparsam.

Wir wollen einen verbindlichen **Pfad zur Rückzahlung aller Schulden** des Landes, seiner Beteiligungen und der Kommunen, für deren Finanzen nach der Verfassung das Land garantieren muss. Über 30 Jahre hinweg wurden die Schulden von SPD-geführten Landesregierungen im Wesentlichen aufgebaut. In einer Generation wollen wir schuldenfrei sein. Wir setzen uns für eine aufgabengerechte kommunale Finanzausstattung sowie kommunalen Finanzausgleich ein. **Gleichzeitig soll bei allen Ausgaben des Landes streng darauf geachtet werden, ob sie wirtschaftlich sind.** Die Investitionen von heute sind die Arbeitsplätze (und die Steuern) von morgen.

KONKRET:

Wir wollen – wo immer möglich – Struktur- und Finanzentscheidungen in einem Haus bündeln. **Ein neu aufgestelltes Finanz- und Kommunalministerium** soll über den Prozess der **Subsidiarität** und der **Konnexität** wachen – ohne Ausreden und ohne Reibungsverluste.

REGION WESTPFALZ
Wohlstand und Arbeit

Forderung 1

Wir fördern die einheimische Wirtschaft durch bessere Rahmenbedingungen und möchten zusätzliche Industrie- und Gewerbegebiete erschließen. Der regionale Einzelhandel muss durch die Möglichkeit von Sonntagsöffnungen gestärkt werden.

Forderung 2

Als wichtigen Wirtschaftszweig möchten wir den Tourismus weiter ausbauen. Unsere einzigartige Naturlandschaft bietet hierfür optimale Voraussetzung für Erholungs- und Aktiv-Touristen. Eine Zentralisierung der Tourismuskonzepte durch das Land brauchen wir nicht.

Forderung 3

Die gewachsenen Strukturen in unseren Ortskernen und Innenstädten sind unsere Stärke. Um die Arbeitsplätze vor Ort zu erhalten, wollen wir die Belebung der Ortskerne und Innenstädte mit innovativen Maßnahmen auch finanziell unterstützen.

WIR MACHEN DAS.

04 Landwirtschaft, Weinbau und Umwelt: Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit gehen nur gemeinsam.

04.01 Die Schöpfung bewahren:

Als Christdemokraten sind wir der Bewahrung der Schöpfung verpflichtet. Wir möchten den nachfolgenden Generationen eine gute (Um-)Welt hinterlassen. Eine lebens- und liebenswerte Umwelt mit sauberer Luft, unbelastetem Wasser und einer intakten Natur bedeutet Gesundheit und Lebensqualität.

Wer den Erfolg des Umweltschutzes will,
muss die Möglichkeiten des Marktes nutzen.

Mit einer **Strategie der Bioökonomie** wollen wir alles dafür tun, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten – und gleichzeitig unseren Wohlstand zu mehren.

Umweltpolitik muss effektiv und glaubwürdig sein. Wir wollen uns mit den Interessen aller auseinandersetzen und gemeinsam zukunftsfähige Konzepte entwickeln. Das geht nur Hand in Hand mit technischem Fortschritt, Schonung von Ressourcen und Sachverstand in den Bereichen Landwirtschaft und Weinbau, Umwelt- und Artenschutz.

KONKRET:

Wir wollen, dass Umwelt-, Klima- und Naturschutz, das größte weinbaubetreibende Bundesland, Landwirtschaft und Industrie **gleichberechtigte Akteure** sind und zur Chefsache werden. Deshalb schaffen wir den **Staatssekretär für Bioökonomie in der Staatskanzlei.** Denn die Rohstoffe der Zukunft wachsen heute schon auf unseren Äckern. Wie die Bundesregierung für den Bund, werden wir für das Land eine Bioökonomie-Strategie erstellen. Außerdem werden wir die Landwirtschaft, den Weinbau und den Umweltschutz wieder unter einem gemeinsamen Dach in einem neuen Ministerium vereinen.
Dies dient auch dem Zwecke, die oft angeprangerten Doppelstrukturen in den Ministerien der jetzigen Landesregierung, doppelte Arbeit, unklare Zuständigkeiten sowie konkurrierende Förderlinien abzuschaffen.

04.02 Naturschutz

Naturschutz gelingt nur als Gemeinschaftsaufgabe mit den Landwirten, den Winzern, der Industrie, der Jägerschaft, der Forstwirtschaft, der Wasserwirtschaft und unseren Naturschutzverbänden: Natur- und Umweltschutz sind im ländlichen und urbanen Raum wichtige Elemente einer nachhaltigen Klimaschutzpolitik. Die alten Konflikte zwischen Landwirtschaft, Wirtschaft und Naturschutz müssen ein für alle Mal bereinigt werden.

Bei der heutigen Landnutzung treten Ernährungssicherung, Klimaschutz und die Erhaltung der biologischen Vielfalt in Konkurrenz zueinander. Bei der Diskussion um Klimamaßnahmen hat man oft den Eindruck, dass diese übermäßig die Landbevölkerung trifft. Wir müssen sicherstellen, dass das nicht passiert. Die Politik muss die Lebenswirklichkeit auf dem Land bei der Klimarettung anerkennen. Maßnahmen müssen gerecht auf alle Schultern verteilt werden.

Wir folgen dem Wissenschaftlichen Beirat globale Umweltveränderungen und werden Mehrgewinnstrategien für einen nachhaltigen Umgang mit unserem Land entwickeln. Dies funktioniert, indem wir alle Akteure an einen Tisch holen, um gemeinsame Lösungen für den Gesamtkomplex Umwelt zu formulieren.

Wer die Natur schützen will, muss dies mit den Menschen vor Ort tun.

Effektiver Naturschutz ist dann möglich, wenn die Akteure des ländlichen Raums **zusammen und nicht gegeneinander arbeiten.**

Reflexartige Rufe nach Verboten und Beschränkungen stigmatisieren diejenigen, die unsere Tische decken. Ökokonto-Regelungen müssen, so richtig und wichtig sie sind, zukünftig in jedem Einzelfall auch nachvollziehbar sein. Wir wollen **nachhaltige Materialkreisläufe:** Die Entsorgung und das Recycling von Müll und Altpapier muss dort erfolgen, wo es anfällt.

KONKRET:

Wir fördern die **Diversifizierung der Kulturlandschaft** durch produktionsintegrierte Ausgleichsmaßnahmen und Förderprogramme zur biologischen Vielfalt unserer Kulturlandschaft, wie z.B.: Blühstreifen, Grünlanderhalt, Brachflächen und weniger Flächenversiegelung. Dafür machen wir uns auch auf EU- und Bundesebene stark. Wer etwas für das Gemeinwohl tut, muss dafür auch entlastet werden.
Zusätzlich wollen wir das **Ehrenamt im Bereich Natur- und Umweltschutz fördern,** z.B. durch die Entbürokratisierung von komplizierten Förderanträgen, um die Programme in Umsetzung zu bringen.

04.03
Die Landwirte decken unseren Tisch:

Seit Jahrhunderten sichern unsere Bauern- und Winzerfamilien die Nahrungsversorgung und erhalten unsere traditionelle Kulturlandschaft, in der wir heute leben. So ist Rheinland-Pfalz zum Beispiel das größte Weinbau-treibende Bundesland. Die Betriebe der Winzer und Landwirte sind prägende Bestandteile gerade des ländlichen Raums.

Wir wollen eine stärkere Vernetzung, eine verbundene Förderung von touristischen Konzepten mit Weinbau und Landwirtschaft, um gewachsene Traditionen auch in Zeiten des Klimawandels, gepaart mit erschwerten betrieblichen Bedingungen, zu erhalten und in eine sichere Zukunft zu führen. Dabei liegt im Bereich der Landwirtschaft ein besonderes Augenmerk darauf, dem Höfesterben entgegenzuwirken und die Landwirtschaft bei der Sicherung ihrer Flächen zu unterstützen.

Wer bäuerliches Wirtschaften sichern will,
muss faire Auflagen garantieren.

Die Förderung der biologischen Vielfalt und der nachhaltige Klimaschutz, sind essentielle Aufgaben, bei denen die Landwirte die Unterstützung der neuen Landesregierung erhalten werden.

Für die Leistungen der Landwirte bei der **Erhaltung und Schaffung einer artenreichen Kulturlandschaft** sind in der Fläche finanzielle Anreize zu schaffen, die auch die Ausschöpfung aller auf europäischer und Bundesebene gegebenen Finanzierungsmöglichkeiten einschließen.

Im Bereich des Weinbaus sehen wir den dringenden Bedarf individueller Förderungen, insbesondere im Bereich des Steillagenweinbaus, wobei die Sicherung des Qualitätsstandards und die Konkretisierung von Pflanzrechten für uns Priorität hat.

KONKRET:

Faire Entlohnung für die Landwirtschaft und unsere Winzer, für Erhaltung unserer Kulturlandschaft und Förderung der biologischen Vielfalt. Wir fördern interdisziplinäre Studiengänge, die Umweltschutz, Klimaschutz, Weinbau und Landwirtschaft zusammenbringen und **mit praxisnahen Forschungsprojekten neue Wege gehen,** um Naturschutz für die Landwirte wirtschaftlich zu machen. Die Förderung der Digitalisierung in der Landwirtschaft und im Weinbau hilft, Ressourcen zu schonen und Potentiale zu optimieren.

04.04
Gut Essen und Trinken – regional und gesund:

Übergewicht und Krankheiten durch ungesunde Ernährung nehmen in der Gesellschaft merklich zu. Regional produzierte Lebensmittel, aber auch Wasser aus unseren Mineralbrunnen, vermeiden lange Transportwege, Verpackungsmaterial, stärken die hiesige Landwirtschaft und tragen zum Natur- und Klimaschutz bei.

Wer gesunde und regionale Ernährung stärken will,
muss mit den Kindern anfangen und selbst Vorbild sein!

KONKRET:

Wir wollen ein flächendeckendes Programm für Kitas und Grundschulen, dass **sowohl regionale als auch saisonale und gesunde Ernährung bereits im Kindesalter vermittelt** und präventiv helfen kann. Beim Um- und Neubau von Schulküchen, soll hier auf das Schaffen eines Raums des Lernens geachtet werden.

04.05
Heute den Zukunftswald pflanzen:

Rheinland-Pfalz ist zu rund 42 Prozent mit Wald bedeckt. Der Klimawandel und Schädlinge setzen unseren vielseitigen Wäldern jedoch enorm zu. Bereits heute sind ca. 84 Prozent der Bäume krank. Um die rheinland-pfälzischen Wälder für uns und alle kommenden Generationen zu erhalten, ist es besonders wichtig, durch gezielte Klimaanpassungsmaßnahmen, wie der Pflanzung klimastabiler Baumarten, unsere Wälder zukunftsfähig und nachhaltig umzubauen. Ein naturnaher Wald kann Klimaveränderungen und Schädlingen viel besser trotzen. Dank des unionsgeführten Bundeswaldministeriums stehen 1,5 Mrd. Euro u.a. zur Wiederaufforstung in Deutschland bereit.

Wer übermorgen Holz braucht und morgen einen Wald,
muss heute Bäume pflanzen.

Wir wollen den Beitrag unserer Wälder zum Klimaschutz ausreichend würdigen. **Waldschutz ist Klimaschutz.** Es ist nicht zeitgemäß, die verschiedenen Bereiche wie Forstwirtschaft, Naturschutz, Jagd, Landwirtschaft, Holzindustrie und Tourismus einzeln zu denken und zu bewerten. Wir setzen uns dafür ein, den Wald als Gesamtkomplex zu betrachten, bei dem alle Akteure gleich gehört und auch gleichberechtigt sind. Nur so können zukunftssichere Konzepte erarbeitet werden.

Daher werden wir einen **Krisenstab auf Landesebene** mit Kompetenzen ausstatten, um gemeinsame Lösungen zu formulieren, bei denen der Wald klimastabil umgebaut wird und die Wertschöpfung erhalten bleibt. Zudem wird der Krisenstab mit eigenen finanziellen Mitteln versehen, die in Notfällen unkompliziert und zeitnah zur Verfügung stehen.

Zusätzlich fordern wir die Einführung eines Vertragsnaturschutzes, zur Stärkung der Artenvielfalt in unseren Wäldern, umzusetzen. Ein angepasstes Jagdmanagement und eine regionale Wildfleischvermarktung (Bret) fördert zudem die Ökosystemleistungen unserer Wälder und sorgt für eine nachhaltige und gesunde Ernährung. Für die Umsetzung fordern wir **mehr Personal in Forstämtern,** Krisenmanagement und Waldforschung, die Entbürokratisierung der komplizierten Förderverfahren und einen naturnahen und zukunftsfähigen Umbau unserer Wälder.

KONKRET:

Wir wollen **4 Millionen Bäume für 4 Millionen Rheinland-Pfälzer** pflanzen. Wir setzen uns für die CO2 Speicherung ein. Emissionen haben einen Preis. Die Bindung von CO2 muss aufleben.

04.06
Gesund und nachhaltig in Stadt und Land leben:

Unsere Dörfer und Städte in Rheinland-Pfalz verändern sich stetig, so auch unser Klima. Damit betrifft nachhaltige und intelligente Baukultur nicht nur die heutigen, sondern auch die zukünftigen Generationen und kann nur gelingen, wenn alle Verantwortung für die gebaute Umwelt und deren Pflege übernehmen. Dabei muss sich die Dorf- und Stadtentwicklung, nicht nur den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch an die neu entstehenden klimatischen Veränderungen anpassen.

Wer will, dass Stadt und Land liebens- und lebenswert bleiben,
muss zukunftsorientierte und nachhaltige Baukultur fördern.

Um das Thema voran zu bringen, wollen wir den öffentlichen Diskurs in unserer Gesellschaft. Dörfer und Städte mit oft langer Tradition zeichnen das Bild von unserem Bundesland und tragen so auch zu unserer Lebensqualität bei. Dies gilt es zu erhalten und zu fördern, indem wir zielorientierte Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen, sowie die ökologische Vielfalt innerhalb von Siedlungen fördern, um unsere Städte und Dörfer zukunftsfest und noch lebenswerter für Mensch und Natur zu gestalten.

Die fortschreitende Flächeninanspruchnahme und Versiegelung stellt ein Problem für Ernährungssicherheit und Naturschutz da. Oft werden Neubauflächen in Siedlungsrandbereichen ausgewiesen, bei zugleich leerstehenden Ortskernen, wo ältere Menschen vereinsamen und bei schlechten Verkehrsanbindungen regelrecht abgehängt werden. Dieser Entwicklung wollen wir durch entsprechende Anreize entgegenwirken.

KONKRET:

Wir werden die **Flächenversiegelung minimieren** und unsere Dörfer und Städte durch technische und ökologische Anpassungsmaßnahmen fit für den Klimawandel machen und zugleich die ökologische Vielfalt innerhalb der Siedlungsbereiche fördern. Zum Beispiel durch Gärten, städtische Grünflächen, Dachbegrünung, ökologischen Wasserspeichern, erneuerbaren Energien, etc.
Gleichzeitig wollen wir weitere **Materialkreisläufe schließen** und damit zugleich Abfälle einsparen und Rohstoffe gewinnen. Wo konventionelle mechanische Recyclingmethoden an ihre Grenzen stoßen, müssen neue Ansätze gefunden und etabliert werden. Hierfür sehen wir beispielsweise in chemischen Recyclingverfahren eine Chance, die Unterstützung verdient.

04.07
Global denken und global handeln:

Jeder Euro, der in nachhaltige Land- und Forstwirtschaft und in Kulturlandschafts- und Naturschutz investierte wird, ist gut angelegtes Geld. In Entwicklungsländern lässt sich oft aber mit dem gleichen Finanzaufwand deutlich mehr erreichen.

Wer unsere Umwelt schützen will,
muss Entwicklungspartnerschaft leben.

Unsere über Jahrzehnte gewachsene **Partnerschaft mit Ruanda** werden wir mit neuem Leben erfüllen. Unser **Nachbar Afrika** ist für uns in Europa ein Partner auf Augenhöhe.

KONKRET:

Wir wollen als deutsches Bundesland im Wege einer neuen **Entwicklungspartnerschaft** nachhaltige Produktionsketten und zukunftsweisende Handelsbeziehungen entwickeln, die neben den beiderseitigen ökonomischen Vorteilen immer unsere gemeinsame ökologische Verantwortung im Blick hat.

REGION WESTPFALZ
Landwirtschaft, Weinbau und Umwelt

Forderung 1

Wir stärken die regionale Ernährung. Wir stehen zu unseren regionalen Erzeugern unserer Lebensmittel und möchten die Direktvermarktung weiter fördern..

Forderung 2

Naturschutz und Land- und Forstwirtschaft sind eine Einheit. Flächen können gleichzeitig beiden Zwecken dienen. Der Erhalt unserer Kulturlandschaft verdient finanzielle Unterstützung.

Forderung 3

Der Wald braucht unsere Hilfe. Wir unterstützen die Waldbesitzer bei der Bewältigung des Klimawandels. Windenergieanlagen im Pfälzer Wald schließen wir dauerhaft aus!

WIR MACHEN DAS.

05 Verkehr und Infrastruktur: Wir machen Rheinland-Pfalz mobil.

05.01 Gute Verkehrsinfrastruktur ist unser Vermögen:

Mobilität ist Freiheit, bedeutet Lebensqualität, sichert Arbeitsplätze und die heimische Wirtschaft. Mobilität muss nicht nur erhalten, sondern ausgebaut werden. Zu oft stehen die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz im Stau oder sind via Bus und Bahn schlecht angebunden.

Wer schneller plant,
erlebt noch, wie wir Brücken bauen.

Wir wollen Rheinland-Pfalz mobil machen, wir wollen **Brücken bauen,** Straßen und Schiene ausbauen, einen ÖPNV schaffen, der eine wirkliche Alternative zum Individualverkehr ist, wir wollen Schnellradwege und Rad-Mobilitätskonzepte der Kommunen unterstützen. Und all das wollen wir nicht irgendwann: Wir wollen Planungen **schnell und rechtssicher bescheiden.** Im Einzelnen fordern wir **weitgehende Verfahrensfreiheit** für Ersatzneubauten, **Bestandsschutz** für laufende Planungen bei Rechtsänderungen, konsequente **Digitalisierung** bei Planung, Bürgerbeteiligung und in Gerichtsverfahren, die **Verkürzung des Rechtswegs** sowie **mehr Personal** für den Landesbetrieb Mobilität, die Straßenbauverwaltung des Landes.

Wir **lehnen Abstufungen und Einziehung vorhandener Landes- und Kreisstraßen ab** und werden bedarfsgerecht Mittel für den kommunalen Straßenbau zur Verfügung stellen. Wir wollen die **Straßenausbaubeiträge abschaffen.** Unverzüglich. Denn Grundstücke sind die wichtigste Geldanlage der Bürgerinnen und Bürger. Sie sind Bleibeperspektiven für die ländlichen Räume. So sorgen wir fürs Alter vor.

KONKRET:

Wir werden weitere Rheinbrücken im Mittelrheintal, in Mainz und Wörth, sowie den Lückenschluss der A1 und den vierspurigen Ausbau der B10 in Angriff nehmen.

05.02 Nachhaltige Mobilitätskonzepte:

Funktionierende Liefer- und Mobilitätsketten sind unabdingbar für eine stabile Wirtschaft und Versorgung. Bis auf ein paar Mitfahrerparkplätze oder den oft noch nicht mal überdachten Fahrradstellplatz am Bahnhof, ist Rheinland-Pfalz in dieser Beziehung Entwicklungsland.

Wer neue, zufriedene Kunden will,
braucht attraktive und schnelle Verbundnetze des öffentlichen Verkehrs sowie des Individualverkehrs.

Neue Netze schaffen neue Verbindungen und neue Märkte. Das gilt auch für den öffentlichen Verkehr, für Bus und Bahn, für Carsharing Modelle oder Ladeinfrastrukturen. Wir fördern Carsharing-Konzepte für Stadt und Land, sowie Ausleihradsysteme, um für Pendler die letzten Meilen zwischen Bahnhof und Arbeitsplatz zu schließen.

KONKRET:

Wir wollen eine einfache und **alltagstaugliche App** zur Nutzung und **Vernetzung aller Verkehrsmittel** und aller Verkehrsanbieter. Ob Taxi oder Rad, ob Bus oder Carsharing, ob kommunal oder privat mit einem Klick wollen wir kostentransparent verschiedenste Verkehrsmittel buchen können.

05.03
Wasserstoff als Treibstoff der Zukunft:

Für den weiteren, schnellen Ausbau erneuerbarer Energien, ist der Aufbau von großen Speicherkapazitäten elementar. Eine Möglichkeit besteht in der Speicherung von etwaigen Überstrommengen durch die Elektrolyse von Wasser.

Wer morgen leistungsstarke Verbrennungsmotoren betreiben will,
muss heute Wasserstoff erforschen.

Wir wollen eine **Wasserstoffstrategie Rheinland-Pfalz** erstellen, welche die Möglichkeiten von Wasserstoff als Energieträger der Zukunft in den Bereichen Verkehr, Sektorenkopplung, Energie und Industrie systematisch aufarbeitet und mit konkreten Projekten verbindet und die nötige Infrastruktur, wie Wasserstofftankstellen, fördern.

Wir wollen ein **Zentrum,** an dem Erzeugung, Speicherung und Nutzung von Wasserstoff erforscht wird und in dessen Umfeld Forschungsergebnisse standortnah wirtschaftlich umgesetzt werden. Insbesondere mit der **chemischen Industrie** scheinen vielversprechende Synergien möglich.

KONKRET:

Wir wollen, dass in den kommenden fünf Jahren viele von Diesel betriebenen Personenzüge und Linienbusse **auf Wasserstoffantrieb umgestellt** sind.

05.04
Busse und Bahnen – attraktiv und sicher:

Wer keinen Führerschein hat oder sich ein Auto nicht leisten kann oder leisten will, ist auf einen funktionierenden öffentlichen Verkehr angewiesen. Der ÖPNV leistet darüber hinaus einen unverzichtbaren Beitrag für den Klimaschutz und die Reduzierung des Staus in unseren Innenstädten und auf Autobahnen.

Tarife runter. Taktung rauf.

Wir wollen den **ÖPNV in Rheinland-Pfalz stark ausbauen.** Hessen macht es vor, mit neuen Tarifen werden Bus und Bahn bezahlbar, die Nutzerzahlen gehen steil nach oben und plötzlich lohnen sich neue Linien und ein besserer Takt – in der Stadt und vor allem im ländlichen Raum.

Unser Land muss mit Bus und Bahn einfacher zu durchqueren sein. In einem großen Flächenland wie Rheinland-Pfalz können zwischen Arbeits- und Ausbildungsplatz große Entfernungen liegen. Auch muss es eine gute Anbindung an die Großstädte geben. Dafür muss der ÖPNV aber auch bezahlbar sein. Gerade für junge Menschen stellt das oft ein Problem dar. In anderen Bundesländern gibt es hierfür tolle Lösungen, die wir auch in Rheinland-Pfalz umsetzen sollten.

KONKRET:

Wir wollen den ÖPNV stärken. Taktungen müssen gerade im ländlichen Raum verbessert werden. Wir wollen Konzepte, die auch die Schülerbeförderung mitbedenken. Auszubildende und Studierende sollen die Möglichkeit bekommen, mit einem verbilligten Landesticket den Nahverkehr im ganzen Bundesland nutzen zu können.

05.05
Ausbau der Schieneninfrastruktur:

Rheinland-Pfalz arbeitet die Mängel seiner Verkehrsinfrastruktur auf und setzt neue Akzente für Transport und Mobilität auf der Schiene. Wir wollen, dass unsere Wirtschaft in den regionalen Mittelzentren im Personen- und Güterverkehr besser mit den Metropolregionen in Deutschland und Europa über die Schiene verbunden werden.

Wer die Schiene nutzen will,
braucht kluge Verbindungen.

Wir wollen **mehr Personen- und Güterfernverkehr auf der Schiene** mit entscheidend **lärmreduzierter Fahrzeugtechnik,** mehr und bessere Kombination von Schiene und Straße, verbesserte Personenfernverkehrsverbindungen und Nahverkehrsangebote. Dazu muss das Schienennetz in Rheinland-Pfalz auch im Interesse ganz Deutschlands und des europäischen Binnenmarktes ausgebaut werden.

Rheinland-Pfalz soll sich in der EU, beim Bund und bei der DB AG u.a. für folgende Maßnahmen einsetzen: Ausbau einer zweigleisigen elektrifizierten Trasse zwischen Ludwigshafen und Straßburg in Zusammenarbeit mit den französischen Nachbarn. Außerdem: Ausbau der Trasse zwischen Köln-Bitburg-Trier zu einer zweigleisigen elektrifizierten Trasse mit Anschluss an das luxemburgische und französische Bahnnetz in Lothringen und Elsass bis Straßburg zur Entlastung der Täler von Rhein und Mosel. Wir wollen zudem ein drittes Gleis zwischen Bingen, Mainz und Ludwigshafen mit Einbeziehung in das S-Bahn-Netz Rhein-Main, die Elektrifizierung der Nahetalstrecke, den Bau einer Verbindung von Koblenz zum ICE-Bahnhof Montabaur, sowie die Schaffung direkter schnellerer Bahnverbindungen zwischen Kaiserslautern-Kirchheimbolanden-Alzey-Mainz und Worms Kapazitätserweiterung der Bahnbrücken Mainz Wiesbaden.

KONKRET:

Die Kombination von Gütertransport auf Straße und Schiene soll durch die Förderung des Baus von Gleisanschlüssen, die Schaffung von aufwandsarmen Umschlagplätzen in den vorhandenen Güterverkehrszentren technisch verbessert und durch weitere regionale Schnittstellen ausgebaut werden.
Dabei soll auch die die Bildung regionaler Kooperationen zur Nutzung **bimodaler Schiene-/Straßen-Technologien** gefördert, Technik erprobt und ausgebaut werden. Hierbei soll das Vorhaben durch die Einrichtung regionaler Schienencoaches für die Kommunen und Unternehmen gefördert und durch das Land finanziell gefördert werden.

05.06
Güterverkehr/Speditionsgewerbe:

Rheinland-Pfalz ist stark im Export und **profitiert von seiner Lage im Herzen von Europa.** Der Rhein sichert dabei einen direkten Zugang zu den wichtigsten Überseehäfen Europas in Rotterdam und Antwerpen. Aber **Güter und Waren können nicht digital verschickt werden.** Dazu bedarf es leistungsstarker Güterverkehrs- und Logistikunternehmen, die den Transport auf dem Wasser, der Schiene und der Straße vernetzt und professionell abwickeln.

Wer seine Waren außerhalb des Landes verkaufen will,
braucht Güterverkehr. Das sichert unseren Wohlstand.

Wir werden **Schnittstellen der Verkehrs- und Transportsysteme optimieren,** die Binnenhäfen in Rheinland-Pfalz als wichtige Umschlagplätze unterstützen und für ein starkes Straßen- und Verkehrsnetz sorgen, denn Umwege und Staus schaden der Umwelt und kosten Zeit und Geld.

KONKRET:

Wir werden mehr **Rastplätze für LKW** entlang der Bundesfernstraßen vorsehen. Das reduziert den Suchstress für die Fahrer und macht den Verkehr sicherer.

05.07
Verkehrslärm:

Lärm macht krank. Dem Verkehrslärm können viele Menschen entlang der Hauptverkehrswege aber nicht ausweichen. Das gilt etwa für den Luftverkehr im Rhein-Main-Gebiet, aber auch entlang vieler Straßen- und Schienenverbindungen. Neue Antriebsarten wie zum Beispiel die Elektromobilität werden wesentliche Beiträge zur Lösung dieser Probleme bringen, aber nicht alle Emissionen verhindern. **Passiver Lärmschutz und Ausweichstrecken** können weiter Abhilfe schaffen.

Nur dort, wo sich nichts bewegt, herrscht Ruhe,
aber Verkehr darf nicht krank machen.

Wir werden den durchgehenden Einsatz von **leiserem Zugmaterial im Schienenverkehr** vorantreiben und bei Ortsdurchfahrten von Bundes- und Landesstraßen die Einführung von temporeduzierten Bereichen erleichtern. Generelle Tempo-Limits auf Hauptverkehrsachsen lehnen wir aber ab. **Sinnvolle Ortsumgehungen** werden wir dank der massiven Erhöhung der Haushaltsansätze für die Infrastruktur vermehrt ermöglichen.

KONKRET:

Bei der Ertüchtigung von Bahnstrecken zur Wiederaufnahme von Verkehren werden wir **passiven Lärmschutz fördern,** auch wenn der aufgrund von Bestandsschutzregeln rechtlich nicht vorgeschrieben ist.

05.08
Wander- und Radwege:

Wir leben, wo andere Urlaub machen. Unser Land umfasst viele verschiedene Urlaubsregionen. Leider wird deren Potential oft nicht ausreichend gefördert.

Wer will, dass touristische Betriebe investieren,
muss mit starken Regionen das Fundament legen.

Um Urlauber nach Rheinland-Pfalz zu locken, muss eine breite, auf die unterschiedlichen Regionen anpassbare, Imagekampagne gestartet werden. Wir wollen eine Dachmarke, die die Tourismuskonzepte der Regionen verzahnt und präsentiert. Wir wollen aber vor allem, dass das Produkt stimmt:

KONKRET:

Wir wollen unsere touristischen Anziehungspunkte, die Wander- und Radwege **flächendeckend in Stand setzen,** ausbauen oder neu anlegen. Ein starkes Gastgewerbe ist ebenfalls unerlässlich.

REGION WESTPFALZ
Verkehr und Infrastruktur

Forderung 1

Gute Wirtschaft braucht stabile Verbindungen. Gute Straßen sind für ländliche Regionen unverzichtbar. Bei den überregionalen Verkehrsachsen fordern wir den durchgängig 4-spurigen Ausbau der B 10 sowie den durchgängig 6-streifigen Ausbau der A 6. Den Sanierungsstau bei den Land- und Kreisstraßen werden wir durch mehr Investitionen abbauen.

Forderung 2

Wir bringen Glasfaser bis an jedes Haus. Dazu brauchen wir Masterpläne für den Gigabit-Ausbau. Daneben muss die Mobilfunkversorgung dringend ausgebaut werden. 5G muss an jeder Milchkanne bzw. an jeder Hütte im Wald verfügbar sein.

Forderung 3

Wir wollen den ÖPNV besser machen. Dazu zählt:

- die Sanierung der Wieslauterbahn mit Integration in den Rheinland-Pfalz-Takt,
- die Reaktivierung der S-Bahn Zweibrücken-Homburg,
- der Bau zusätzlicher Bahnhaltepunkte (wie Rodalben-Neuhof),
- die Sanierung des Bahnhofes Pirmasens-Nord,
- die Stärkung des POS-Nordastes,
- der Erhalt des ICE-Haltepunktes Kaiserslautern,
- die Elektrifizierung der Queichtalstrecke zwischen Pirmasens und Landau.

WIR MACHEN DAS.

06 Gesund leben. Gesund bleiben: Wir sorgen vor.

06.01 Ärztemangel bekämpfen:

Schon 2014 hieß es, 2020 werden die Hälfte der 2.700 Hausärzte im Ruhestandsalter sein. Genauso ist es gekommen – Wurden deshalb mehr Ärzte durch Initiativen der Landesregierung ausgebildet? Nein!

Wer Ärzte will,
muss Ärzte ausbilden.

Die **approbationsgerechte Ausbildung** eines Arztes kostet 33.400 Euro pro Studienplatz und Jahr. Das Land zahlt aber nur 27.500 Euro. 6.000 Euro fehlen – für jeden jedes Jahr. Wir wollen diese Lücke unverzüglich schließen.

Und wir wollen schlicht **mehr Ärzte** fürs Land und auf dem Land. Wer sich nach dem Studium dafür entscheidet, Landarzt zu werden, dem helfen wir bei der Rückzahlung seiner Bafög-Schulden. Außerdem wollen wir mehr Studienbewerber über die Landarztquote zulassen und (perspektivisch) eine zweite medizinische Fakultät in Rheinland-Pfalz einrichten.

KONKRET:

Wir wollen die fehlenden mindestens **200 Medizinstudienplätze** an der Mainzer Universitätsmedizin unverzüglich schaffen.
Außerdem wollen wir für die klinischen Fachsemester die Kooperation aller Lehrkrankenhäuser im Land weiterentwickeln und den **Beruf des ärztlichen Assistenten** landesweit etablieren.

06.02 Kleine Krankenhäuser:

Für den Bau unserer Krankenhäuser und Krankenhausinvestitionen allgemein trägt die Landesregierung die Verantwortung – und scheitert an ihrer Aufgabe. Sind bspw. die Baukosten in den letzten 20 Jahren um 50% gestiegen, so sind im gleichen Zeitraum die Förderungen nach dem Landeskrankenhausgesetz um 13% gesunken.

Wer kleine Krankenhäuser will,
muss in kleine Krankenhäuser investieren.

Mit Blick darauf, dass in den letzten zehn Jahren bspw. an 17 Standorten die Geburtshilfe geschlossen wurde, gilt es insbesondere Fachabteilungen zu sichern. Wir wollen die **flächendeckende Versorgung und finanzielle Hilfen für Hebammen,** damit der Beruf wieder attraktiv wird.

Die **Investitionsförderungen** für Krankenhäuser müssen vereinfacht und um 100 Mio. jährlich erhöht werden. Auch wollen wir einen Ausbildungszuschlag für kleine Krankenhäuser.

KONKRET:

Medizinische Versorgungszentren und neue Konzepte wie **„mobile Arztpraxen“** müssen mit Hilfe des Landes dort entstehen, wo Krankenhäuser fehlen.
Vorgeschaltet sollen **Gesundheitszentren** mit **Gemeindeschwestern und ärztlichen Assistenten die konkret handeln dürfen,** präventiv und beratend arbeiten. Um schnell Versorgungslücken zu schließen wollen wir zudem den Berufsstand der Ärztlichen Assistenz in den Blick nehmen.
Zusätzlich wollen wir, dass die **Notfallapotheke,** auch im ländlichen Raum, schnell und zügig erreichbar ist und ein Netz aus Vor-Ort-Apotheken erhalten bleibt.

06.03
Exzellenz fördern:

Seit den 90er Jahren stagniert die Landeszuführung für Forschung und Lehre. Im Vergleich zum Umsatz sank ihr Anteil seit den 90er Jahren von 25% auf 8%. Forschung und Lehre wird aus der Krankenversorgung quersubventioniert. Das Defizit beläuft sich inzwischen summiert auf 300 Mio. Euro.

Wer Patienten heute und morgen helfen will,
muss die Universitätsmedizin neu aufstellen.

Wir wollen die Universitätsmedizin nach hessischem Vorbild **europarechtskonform entschulden** und den **jährlichen Zuführungsbetrag in einem ersten Schritt um mindestens 25 Mio. Euro anheben.** Und wir wollen den Investitionsstau mit einem **Masterplan** für die Universitätsmedizin beseitigen. Wir wollen für den Neubau der veralteten Gebäude und für neue Technik in den nächsten beiden Legislaturperioden **rund 1,5 Milliarden Euro investieren.**

KONKRET:

Wir wollen die Zukunft der Forschung und Wissenschaft an unseren Standorten sichern. Dazu sollen Firmen wie BioNTech rund um die Uni-Medizin mit Unterstützung des Landes gedeihen.

06.04
Notarztversorgung sichern:

Ein Notfall. Jede Sekunde zählt. Vom Notruf bis zum Eintreffen des Rettungswagens läuft die gesetzliche Hilfefrist. In Deutschland sind das in der Regel 12 Minuten. Eine lange Zeit, wenn man als Ersthelfer versucht, einen Patienten am Leben zu halten. In einem einzigen Bundesland ist die Hilfefrist länger – Rheinland-Pfalz. Nur bei uns beträgt die Hilfefrist volle 15 Minuten – und die auch erst ab Ausrücken des Rettungswagens.

Wer den Rettungsdienst braucht,
soll längstens 10 Minuten warten müssen.

Wir brauchen in Verantwortung des Landes eine Planung und Finanzierung **für flächendeckende Rettungswachen,** mit denen landesweit eine Hilfezeit von 10 Minuten sichergestellt wird. Und: Bis der Notarzt kommt, helfen Ersthelfer. An jeder Apotheke, in jeder Schule und an Sportanlagen sollen öffentliche Defibrillatoren aufgehängt werden. Wir wollen, dass bereits in der Schule oder im Verein regelmäßig **Erste-Hilfe** und Reanimation geübt wird.

KONKRET:

Ein Netz der sogenannten **„First Responder“,** ehrenamtlicher Sanitäter, die ihrer normalen Arbeit nachgehen, im Notfall aber schnell und mit Ausrüstung zur Stelle sind, soll eng geknüpft werden. Und wir wollen, dass diese „First Responder“ als **fester Bestandteil in die Rettungskette** eingebunden werden.

06.05
Gut pflegen:

Wenn Menschen Pflege brauchen, dann brauchen sie gute Pflege. Wer Menschen pflegt, will gut pflegen. Pflegende brauchen Zeit für Pflege, Zeit für Pflegende, Zeit für Gespräche.

Wer gute Pflege verspricht,
braucht Zeit und viel mehr helfende Hände.

Das Land muss wieder stärker in den Ausbau und die Förderung stationärer Pflegeeinrichtungen einsteigen. Außerdem machen wir uns für eine Entlastung der Betroffenen bei der Umlage der Investitionskosten in der Pflege stark.

Wir wollen, dass Pflegekräfte **für gute Arbeit besser bezahlt** werden und **nach Familienphasen wieder gerne Vollzeit** in ihren Beruf zurückkehren. Außerdem wollen wir unsere Pflegekräfte im Land von organisatorischen und administrativen Aufgaben entlasten.

KONKRET:

Damit würdevolle Pflege gelingt, ist der **Personalschlüssel** deutlich zu erhöhen.
Ab dem 60. Lebensjahr sollen Pflegekräfte bei vollem Lohnausgleich um 10% ihrer **Arbeitszeit entlastet** werden.
Und wir setzen auf **technische Innovationen,** um körperlich anstrengende Tätigkeiten zu reduzieren.

06.06
Einsamkeit bekämpfen:

Gerade in Corona-Zeiten trifft Einsamkeit Menschen jeden Alters und im Alter besonders viele. Der Mensch kann dauerhaft nicht alleine sein, ohne zu leiden.

Wer dauerhaft einsam ist oder sich einsam fühlt,
wird krank, ist krank.

Wir wollen deshalb niemanden alleine lassen, wir wollen jeden ernst nehmen mit seinen **Wünschen und Fähigkeiten.** Viele wollen und können sich auch oft bis ins hohe Alter im **Ehrenamt engagieren.**

Wir wollen Vorbilder wie die **„Einkaufshelden“,** wenn junge Menschen für alte Menschen einkaufen, stark machen, wir wollen **funktionierende Nachbarschaften** unterstützen, wir wollen dem, der **Familienangehörige** betreut, helfen. Und dennoch braucht es auch professionelle Helfer.

Wir wollen **niemanden mit schwierigen Entscheidungen alleine lassen.** Für uns hat der Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens einen zentralen Stellenwert. Finanzielle Gründe sollten daher kein Grund für eine Frau sein, sich für eine Abtreibung entscheiden zu müssen. Frauen mit Konfliktschwangerschaften wollen wir durch Beratungsgespräche und Unterstützungsleistungen und **ausgebaute landesweite Hilfsangebote** unterstützen.

Auch die physische und psychische Gesundheit von Opfern von sexueller und körperlicher Gewalt ist uns wichtig. Anlaufstellen und Hilfeeinrichtungen müssen ausgebaut und gefördert werden. Finanzielle Sicherheit von Frauenhäusern ist hierbei unerlässlich.

KONKRET:

Wir wollen die Erweiterung der Arbeit der Sozialstationen um eine ausgebildete, ambulante sozialpsychiatrische Fachbegleitung und Betreuung, die schnell, niederschwellig und professionell hilft, insbesondere Seniorinnen und Senioren - bevor die etablierten sozialen Bindungen überfordert sind.

06.07
Autonomie im Alter sichern:

Unsere Lebenserwartung steigt täglich um 6 Stunden. Das freut jeden, braucht aber ein „senior mainstreaming“ für alle Lebensbereiche. Das reicht von der Schaffung neuer Kompetenzen bei den Seniorinnen und Senioren bspw. im Digitalen und in Fragen der Gesundheit, über Fragen der Freizeitgestaltung, über Beratung bei Behördengängen oder Fragen des Wohnens im Alter, bis hin zur Erstellung eines örtlichen Seniorenplans in Zusammenarbeit mit aus unserer Sicht verpflichtenden Seniorenbeiräten.

Wer den sozialen Zusammenhalt über gute Familien-, Sozial-,
Gesundheitspolitik und Pflege absichern will,
der muss Senioren eine Stimme geben – und zuhören.

Wir wollen innerörtlich **Sozial- bzw. Gesundheitszentren** in enger Kooperation mit Pflegestützpunkten schaffen. Wir wollen durch **Seniorenämter** alle kommunalen Aufgaben zur Fürsorge und für die Autonomie älterer Menschen bündeln.

KONKRET:

Jeder Mensch soll **selbstbestimmt und in Würde alt werden** können. Dabei leiten uns unser christliches Menschenbild und unsere gesellschaftliche Verantwortung. Das darf keine Frage des Wohnortes sein. Insbesondere im ländlichen Raum wollen wir deshalb die Palliativmedizin und Hospizbetreuung ausbauen. Das **Engagement der Ehrenämtler** wollen wir stärker fördern.

06.08
Kinderarmut wie Altersarmut beschämen uns:

Wir leben in einem reichen Land. Und doch: Viele Menschen sind von Armut bedroht. Insbesondere kinderreiche Familien, ältere Aussiedler, Alleinerziehende und Rentnerinnen und Rentner sind betroffen.

Wer sein ganzes Leben arbeitet,
der soll nicht zu den Tafeln gehen müssen.

So dankbar wir für Initiativen wie die Tafeln sind, wir wollen, dass jeder in unserem Land gut leben kann, denn unseren Wohlstand haben wir uns gemeinsam erarbeitet. Ohne die Mitarbeit der „Schwächeren“ wären niemand „stark“ geworden. Wir wollen Ungerechtigkeiten im Rentensystem auflösen. Bleibt bspw. ein Elternteil für die Kinder zu Hause, hat es genauso Anteil am wirtschaftlichen Erfolg der Familie, wie der arbeitende Elternteil.

KONKRET:

Wir wollen, dass **Kindererziehungszeiten** nach dem Tod des Partners auf den überlebenden Partner übertragen werden. Gründe für Altersarmut sind vielseitig, aber dies wäre ein Ansatzpunkt, ihr entgegenzuwirken.

06.09
Inklusion ist gemeinsam leben:

Wir sind ein vielfältiges Land. Darauf können wir stolz sein. Es ist wichtig, niemanden zu vergessen. Individuelle Hilfe muss jedem zu Teil werden, der sie braucht und wie er sie braucht. So haben bspw. Förderschulen genau ihre Berechtigung wie inklusive Förderansätze. Es kommt auf den Einzelnen an.

Familien, die Kinder mit Beeinträchtigungen aufnehmen, verdienen die bestmögliche Unterstützung. Wir wollen daher mit einer Aufklärungskampagne sicherstellen, dass die betroffenen Familien den Zugang zu allen bereits vorhandenen Hilfeleistungen erhalten und die staatliche Unterstützung in Mangelbereichen weiter ausbauen.

Wer den Einzelnen sieht,
nimmt jeden mit!

Integration von Menschen mit Behinderung endet nicht mit der Schule. Wir wollen Wohn- und Arbeits- und Pflegekonzepte, die individuellen Anforderungen in jedem Alter gerecht werden. Das Land hat als Arbeitgeber hier eine Vorbildfunktion, der es derzeit nicht gerecht wird.

KONKRET:

Wir wollen die „Initiative 6 Prozent“ mit Leben erfüllen und sicherstellen, dass **im Landesdienst mindestens 6 Prozent** der Beschäftigten **Menschen mit Behinderungen** sind. So gelingt die berufliche Teilhabe aller, die trotz ihrer Beeinträchtigung Arbeiten können.

06.10
Christliches Engagement stärken:

Kirchengemeinden tragen einen wertvollen und unverzichtbaren Anteil zum Gemeinwohl bei, bspw. als Träger von Kitas, Schulen und Horten. Der Facettenreichtum des Engagements unserer Kirchen reicht von der Seelsorge, der Arbeit mit Bedürftigen, Obdachlosen und Suchtkranken, der Beratung in Erziehungsfragen, der kulturellen Förderung bis zum Einsatz in Familienbildungsstätten und Hospizen und noch weit darüber hinaus.

Wer im Bewusstsein unserer Verantwortung vor Gott arbeitet,
sichert das Fundament unseres säkularen Staates.

Wir wollen die Kirchen und die kirchlichen Träger als wichtige Stütze unserer Gesellschaft besser wertschätzen.

KONKRET:

Wir wollen die **Kirchen in ihrer caritativen und diakonischen Arbeit stützen** und die von ihnen zu tragenden Trägeranteile an den Kosten ihrer Arbeit reduzieren. In keinem anderen Bundesland sollen sie bessergestellt sein, als in Rheinland-Pfalz.

REGION WESTPFALZ
Gesund leben – Gesund bleiben

Forderung 1

Wir wollen die ärztliche Versorgung sichern. Kommunale Medizinische Versorgungszentren müssen durch das Land gefördert werden. Für mehr Hausärzte und kleine Krankenhäuser auf dem Land brauchen wir gezielt mehr Studienplätze. Die Landarztquote muss erhöht werden.

Forderung 2

Auch der öffentliche Gesundheitsdienst muss finanziell und personell gestärkt werden. Wir fordern ein regionales Fort- und Weiterbildungszentrum für den öffentlichen Gesundheitsdienst.

Forderung 3

Auch kleinere Krankenhäuser brauchen eine Zukunftschance. Notwendige Investitionen der Krankenhäuser müssen vollumfänglich durch das Land getragen werden, um den Sanierungsstau abzubauen.

WIR MACHEN DAS.

07 Polizei, Justiz, Feuerwehr und Rettungsdienste: Wir investieren in unsere Sicherheit.

07.01 Respekt:

Für die CDU ist unzweifelhaft geklärt: Die Polizei ist an der Seite der Menschen und des Rechtsstaats. Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst sind in ihrem Arbeitsalltag mit Beleidigungen und im schlimmsten Fall mit körperlicher Gewalt konfrontiert.

Wer andere Menschen, insbesondere Menschen, die besonderen Schutz bedürfen, Kinder, Alte, Kranke, unsere Hilfskräfte oder unsere Polizei angreift, greift unseren Rechtsstaat und unsere Freiheit an.

Für Hass und Hetze, ob linksmotiviert, ob rechtsmotiviert, ob islamistisch oder antisemitisch motiviert, **ist in unserer Gesellschaft kein Platz!**

Dies gilt für uns in der analogen und der digitalen Welt. Hier ist der Konsens der Demokraten gefordert.

Wer sich für unsere Gesellschaft einsetzt,
verdient Respekt und Anerkennung.
Wir sagen Danke.

Wir wollen, dass unsere Polizistinnen und Polizisten immer und überall wieder als **Freund und Helfer** wahrgenommen werden. Und wir wollen, dass unsere Polizistinnen und Polizisten klar und bestimmt auftreten. Bundeswehr, Polizei, THW, Feuerwehr und Hilfsorganisationen sollen regelmäßig in den Schulen ihre Arbeit vorstellen und aktiv um Nachwuchs werben können.

Die **psychische und physische Gesundheit** derjenigen, die unsere Sicherheit gewährleisten, muss geschützt werden. Das beginnt bei einer achtsamen Aus- und Weiterbildung, geht über ausreichend Personal und Raum für Krisenintervention und Seelsorge und endet bei der **konsequenten Ahndung von Straftaten.**

KONKRET:

Wer die Frauen und Männer der Blaulichtfamilie angreift, wird bestraft. Wir wollen bei jeder Staatsanwaltschaft **Sonderdezernate für solche Taten** einrichten.
Und wir wollen helfen, wenn die Helfer Hilfe brauchen. Wir wollen die **Heilfürsorge einführen.** Denjenigen, die bereits im aktiven Dienst sind, räumen wir eine **Wahlmöglichkeit zwischen der Heilfürsorge und der bisherigen Beihilfe** ein.

07.02 Sichtbarkeit schafft Sicherheit:

Viele Polizeiinspektionen können aufgrund der unzureichenden personellen Ausstattung die immer weiter zunehmenden Aufgaben kaum erfüllen. Ermittlungsintensive Fälle sind so nicht zu bewältigen.

In Stadt und Land wächst außerdem die Anonymität zwischen Polizei und Bürgerinnen und Bürgern. Kannte man früher noch den Beamten auf der Straße, so sind heute Polizistin und Polizist Unbekannte in Uniform.

Wer regelmäßig seine Polizei sieht,
fühlt sich sicher.

Wir wollen, dass die aufgelaufenen Überstunden bei der Polizei abgebaut werden können und die Nachfolgerin oder der Nachfolger schon da ist, bevor ein Polizist in Ruhestand versetzt wird. Das Personal muss, den örtlichen Gegebenheiten angepasst, aufgestockt werden. Zusätzlich braucht es **Fachpersonal** für entsprechende Bereiche, wie beispielsweise **IT-Spezialisten.**

Wir wollen durch eine **personelle Aufstockung** die Zuständigkeitsgebiete der Dienststellen so anzupassen, dass die Bürgerinnen und Bürger vor Ort „ihre" Beamten wieder kennen. Das schafft **Vertrauen** und gegenseitigen **Respekt.**

KONKRET:

Wir wollen, die Personalstärke bei der Polizei in Rheinland-Pfalz bis zum Jahr 2026 auf mindestens **10.000 Polizistinnen und Polizisten** (Vollzeitäquivalente) steigern. Um dieses Ziel zu erreichen, halten wir an der **Einstellung von jährlich 600 Anwärterinnen und Anwärtern** fest.

07.03
Nachwuchs gewinnen – gut ausbilden:

Hinter der Institution „Polizei" verbergen sich Menschen. Ehemänner und -frauen, Familienväter und -mütter, Freunde, Nachbarn und Bekannte. Die Polizei, das sind Staatsbürger in Uniform. Damit sie ihre Aufgabe vollumfänglich wahrnehmen können, brauchen sie eine gute und zeitgemäße Ausbildung. Das Ausbildungsniveau ist bereits jetzt vorbildlich. Gleichwohl muss Lernen auch Spaß machen. Dies setzt ein angenehmes und modernes Lernumfeld voraus.

Derzeit gibt es in Rheinland-Pfalz aber nur drei Standorte mit einer Höheren Berufsfachschule mit dem Berufsziel Polizist oder Polizistin. Das ist zu wenig, weil auch Schülerinnen und Schüler ohne Abitur für den Polizeidienst gewonnen werden müssen.

Du suchst die Herausforderung, Abwechslung und Karriere?
Komm zur Polizei.

Wir wollen deshalb den **Campus der Polizeihochschule modernisieren.**

Dabei kommt der digitalen Infrastruktur eine ganz besondere Bedeutung zu. Eine Hochschule braucht für die Erfüllung ihres Lehr- und Forschungsauftrages der Zukunft digitale Datenautobahnen für den schnellsten Austausch.

Wir wollen die Anbindung der Liegenschaft an das Glasfasernetz, damit wir unserem Ziel „freies WLAN am Campus" auch ein leistungsfähiges Netz zu Grunde legen können. Die bereits unternommenen Anstrengungen im Bereich der digitalen Ausbildung sollen unterstützt werden. Deshalb werden wir **zusätzliche Dozentenstellen schaffen.**

KONKRET:

Wir wollen **zusätzliche Standorte** für die Berufsfachschule Polizei schaffen, um Schülerinnen und Schülern aus dem ganzen Land den Weg zu unserer Polizei zu ebnen.

07.04
Moderne Ausstattung – Polizeiarbeit erleichtern:

Die **Ausstattung mit digitalen Endgeräten** ist für uns eine Selbstverständlichkeit, die endlich für alle, die im operativen Dienst eingesetzt sind, umgesetzt werden muss. Zudem wollen wir die **bestehenden Softwareprogramme – wo notwendig – überarbeiten und miteinander verknüpfen.** Verbesserung durch bewährte und vielseitig einsatzfähige Ausrüstung, länderübergreifende Software, sind unverzichtbar für eine moderne Polizeiarbeit.

Wer Polizisten modern ausstattet,
bekommt moderne Polizeiarbeit.

Egal ob in der Stadt oder auf dem Land, in der Luft oder auf dem Wasser: Unsere Polizei leistet gute Arbeit für unsere Sicherheit und muss dafür in allen Bereichen gut ausgestattet sein.

Zudem wollen wir die bestehenden Softwareprogramme, wo notwendig, überarbeiten und miteinander verknüpfen und eine Verbesserung durch bewährte und vielseitig einsatzfähige Ausrüstung. Länderübergreifende Software, kompatible europäische und nationale Datensysteme sind unverzichtbar für eine moderne Polizeiarbeit.

KONKRET:

Wir vergessen niemanden: Wir wollen, dass **die Hubschrauberstaffel** und die **Wasserschutzpolizei ebenfalls mit modernem Führungs- und Einsatzmitteln ausgestattet werden.**
Außerdem wollen wir **zusätzliche IT-Spezialisten** einstellen und beim Landeskriminalamt (LKA) angliedern, die die **Sicherheitsbehörden beim Kampf gegen Kinderpornographie unterstützen.**

07.05
Befugnisse anpassen:

Die Menschen in unserem Land haben ein Recht darauf, dass wir für ihre Sicherheit sorgen. Deshalb müssen die Sicherheitsbehörden zur Bekämpfung und Aufklärung von Straftaten das richtige Handwerkszeug bekommen. Um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dauerhaft zu gewährleisten, wollen wir die **Befugnisse und Rechtsgrundlagen erweitern.**

Wer zeitgemäße Polizeiarbeit will,
muss die digitalen und technischen Möglichkeiten nutzen.

Neben verfassungs- und datenschutzrechtlichen Aspekten ist auch das subjektive Empfinden der Bevölkerung zu berücksichtigen. Deshalb ist es wichtig, einen breiten Konsens für die Nutzung zu erzielen. Aus diesem Grunde soll zunächst eine **Expertenkommission** eingesetzt werden, die die **genauen Rahmenbedingungen für die Testphase** festsetzt.

KONKRET:

Wir wollen, dort wo es notwendig ist, den **Einsatz von sog. „Bodycams“** in Wohnräumen sowie in Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen erlauben.

07.06
Extremismus und Terrorismus entschlossen bekämpfen:

Unsere freiheitlich demokratische Grundordnung und unsere offene, säkulare Gesellschaft sind immer wieder bedroht. Von innen und von außen.

Auch mitten unter uns radikalisieren sich regelmäßig insbesondere junge Männer und werden zu rechten, linken oder islamistischen Straftätern; und mitten unter uns gibt es extremistische Dunkelfelder, die gezielt Einzelgänger zu Terroristen heranziehen. Verglichen mit der Gesamtbevölkerung, sind das zahlenmäßige Einzelfälle, aber die verübten Straftaten sind schwer. Wir müssen die Täter finden, bevor sie aktiv werden können, um Menschen vor Angriffen zu schützen. Wer genau hinsieht, wo Hass verbreitet und gepredigt wird, entzieht Extremismus und Terrorismus seinen Nährboden.

Wer Extremismus bekämpfen will,
muss die Gesellschaft stärker machen als die Täter.

Wir wollen eine **wissenschaftliche Dokumentationsstelle** zu allen Formen des Extremismus, denn extremistische Straftäter operieren nicht im luftleeren Raum, sondern sind in Communities eingebunden, die normativ vollkommen von der Gesellschaft entkoppelt sind. Institutionen, die sich gegen unsere Verfassung stellen, werden wir ohne zu zögern verbieten.

Unsere Sicherheitsbehörden sind ein wichtiger Pfeiler der Stabilität unserer Demokratie. Mit Ihrer **Vorbildfunktion** rechtfertigen sie das große Vertrauen der Bürger in unseren Rechtsstaat. Weil wir fest zu dem gemeinsamen Bekenntnis stehen, dass es für Extremismus, Rassismus und Antisemitismus keinen Platz in den Reihen der Sicherheitsbehörden gibt, können sich alle Menschen darauf verlassen in Sicherheit zu leben.

Kriminelle und Terroristen machen nicht an nationalen Grenzen Halt. Daher müssen sich auch die **Sicherheitsbehörden international vernetzen,** um über nationale Grenzen hinweg tätig zu sein. Was wir in Europa brauchen, ist eine Sicherheitsunion. Mehr Sicherheit in und durch Europa bedeutet auch mehr Sicherheit für Rheinland-Pfalz.

Insbesondere das **Internet darf kein rechtsfreier Raum werden.** Wir müssen in der Lage sein, dem sprunghaften Anstieg von Cyberkriminalität durch Fortschritt entgegenzuwirken.

KONKRET:

Wer die Gewaltspirale des Extremismus durchbrechen will, braucht **Prävention und Repression.** Wir wollen die vorhandenen, guten **Aussteigerprogramme** aus der rechten, der linken oder der islamistischen Szene stärken und insbesondere für betroffene Familien, Freunde und Bekannte von Extremisten vertrauensvolle Ansprechpartner zur Verfügung stellen, die helfen Menschen zu deradikalisieren. **Für uns gilt trotzdem immer: Der Schutz der Menschen vor Tätern und deren Taten steht an erster Stelle.**

07.07
Kommunaler Vollzugsdienst:

Neben der Polizei müssen auch die Beschäftigten im kommunalen Vollzugsdienst in unser Blickfeld rücken. Aufgrund der grundsätzlichen Zuständigkeit der allgemeinen Ordnungsbehörden sind sie oftmals die ersten Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Häufig müssen sie daher gefahrenabwehrrechtliche Aufgaben übernehmen, die auch eine entsprechende Ausbildung und Ausrüstung erfordern.

Wer für unsere Sicherheit sorgt,
verdient eine gute Ausbildung und Ausrüstung.

Wir wollen die kommunalen Ordnungsämter an den Digitalfunk von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten anschließen.

Die aktuelle Ausbildung kommunaler Vollzugsbeamter wird diesen Herausforderungen kaum gerecht und ist daher zu reformieren und zu vereinheitlichen. Sie muss sowohl solide verwaltungs- und ordnungsrechtliche Kenntnisse vermitteln als auch die notwendige körperliche Fitness gewährleisten.

KONKRET:

Der aktuell vorgesehene zehnwöchige Lehrgang an der Landespolizeischule ist daher – unabhängig von den Vorkenntnissen der jeweiligen Bewerber – umfangreicher zu gestalten und damit an die vielfältigen und herausfordernden Aufgaben kommunaler Vollzugsbeamter anzupassen.

07.08
Justiz – Starker Rechtsstaat:

In unserem demokratischen Rechtsstaat können wir gut und sicher leben. Gewaltenteilung ist der Kern dieser Ordnung und gerade in Rheinland-Pfalz haben bekannte Gerichtsentscheidungen wie zuletzt zur verfassungswidrigen Beförderungspraxis im Umweltministerium der grünen Ministerin Höfken gezeigt, dass das **Prinzip der Checks & Balances** funktioniert. Der Justiz als sogenannter dritter Gewalt kommt somit große Bedeutung bei Sicherung von Recht und Freiheit zu. Strafprozesse müssen ohne Verzögerungen nach zügig durchgeführten Ermittlungen von Staatsanwaltschaft und Polizei geführt und Straftäterinnen und Straftäter einer angemessenen Strafe zugeführt werden. Das stärkt das **Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat,** setzt aber ausreichende sachliche und personelle Ausstattung der Gerichte voraus.

Wenn die Strafe auf dem Fuße folgt,
schreckt das Straftäter ab und macht unser Leben sicherer.

Eine effiziente Justiz ist auch ein Standortfaktor für die Wirtschaft. Wenn Grundpfandrechte als Sicherheit für Finanzierungen schnell eintragen, Anmeldungen und Änderungen im Handelsregister oder die Erteilung von Erbscheinen für Unternehmensnachfolgen zügig erfolgen, können die Unternehmer sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Eine überlange Verfahrensdauer bei Prozessen, etwa gegen säumige Schuldner, halten dagegen manchen kleinen Handwerksbetrieb von der Geltendmachung eigentlich berechtigter Forderungen ab. Daher wollen wir sowohl bei Richterinnen und Richtern sowie bei Staatsanwältinnen und Staatsanwälten die noch **fehlenden Stellen schaffen und besetzen,** um mindestens 100% Versorgung sicherzustellen. Gleiches gilt bei den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern und im sonstigen Justizdienst. Zudem wollen wir verstärkt im justiziellen Bereich IT-Fachpersonal einstellen, dass auch angemessen besoldet werden muss. Weiterhin muss der Justizbereich dringend technisch aufgerüstet werden. Das ist bisher nicht in dem erforderlichen Umfange geschehen. Es muss selbstverständlich sein, dass allen, die in diesem Bereich tätig sind, moderne Software und Hardware auf neustem Stand der Technik ausreichend zur Verfügung steht. Die Justiz selbst soll verstärkt von den bereits bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten des Einsatzes moderner Informationstechnologie Gebrauch machen. (zum Beispiel so genannte „Online Verhandlung“ in Zivilprozessen gem. § 128a ZPO). Dies wollen wir fördern.

Zur Effizienzsteigerung dient auch die **elektronische Akte,** deren Einführung in Rheinland-Pfalz zu schleppend erfolgt, weil nur unzureichende Mittel zur Verfügung stehen. Das wollen wir ändern.

KONKRET:

Wir werden die Mittel zur laufenden Einführung der elektronischen Akte aufstocken und das Personal in der Justiz verstärken.

REGION WESTPFALZ
Polizei, Justiz, Feuerwehr und Rettungsdienste

Forderung 1

Wir stehen zu unserer Polizei. Für die Sicherheit unserer Heimat, aber auch zum Schutz der Beamtinnen und Beamten wollen wir alle Inspektionen und Wachen personell deutlich stärken.

Forderung 2

Im Notfall zählt jede Sekunde. Gerade in ländlichen Regionen ist die Zeit zwischen Notruf und Eintreffen der Einsatzkräfte am Einsatzort zu lange. Wir möchten diese Zeit verkürzen und fördern zusätzlich Systeme wie Mobile Retter!

Forderung 3

Respekt für die Einsatzkräfte aus Feuerwehr, Rettungsdienst und Polizei ist eine unverhandelbare Grundlage unserer Gesellschaft. Wir wollen, dass alle Angriffe mit Worten oder Taten gegen die Blaulichtfamilie vor Gericht verfolgt werden.

WIR MACHEN DAS.

08 Demokratie und Gesellschaft: Wir stärken unsere Gemeinden.

08.01 Bürgernähe braucht starke Kommunen:

Unsere Demokratie sichert seit drei Generationen Stabilität und Frieden, Freiheit und Wohlstand. Unser Föderalismus macht es möglich, dass Politik näher am Bürger entscheidet. Die Demokratie in unserem Land ist kostbar, aber nicht selbstverständlich. Das Vertrauen in die Parteien und Institutionen muss immer wieder neu erarbeitet und verdient werden.

Viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich und mit viel Herzblut in den Städten und Kreisen, Gemeinden und Regionen. Niemand weiß besser, was vor Ort gebraucht wird, als sie.

Wer mit Mut und Demut und einfach gut regiert,
wird die Bürgerinnen und Bürger besser beteiligen.

Wir wollen, dass eine Aufgabe, die ebenso gut bürgernah auf einer „unteren" Ebene des Staates gelöst werden kann, auf diese verlagert wird. **Mehr Kompetenzen und mehr finanzielle Spielräume** sollen die lokale Demokratie schlagkräftiger und lebendiger machen. Und wir wollen die Kommunen für den digitalen Wandel rüsten.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird der verfassungsrechtlichen Verpflichtung des Landes für die kommunalen Finanzen endlich wieder nachkommen. Deshalb werden wir nach hessischem Vorbild eine umfangreiche **Altschuldenhilfe** aufsetzen, die vor Ort wieder Handlungsspielräume schafft. Hierfür wird das Land die Hälfte der Schulden der Kommunen übernehmen. Der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz hat in seinem Urteil vom 16.12.2020 grobe Vorgaben zur bedarfsgerechten Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs fixiert, die die CDU umgehend aufgreifen und zusammen mit den Kommunen eine Neuordnung der kommunalen Finanzen auf den Weg bringen wird.

Kommunen sollen vor Ort entscheiden können, was sie mit ihrem Geld tun wollen; **mehr allgemeine und weniger zweckgebundene Zuweisungen.**

KONKRET:

Wir wollen einen **bedarfsorientierten Finanzausgleich,** der die kommunale Investitionskraft stärkt und gesellschaftliches Leben in den Gemeinden ermöglicht. Bis zur Umsetzung des Urteils des Verfassungsgerichtshofes wird die CDU zum Ausgleich der kommunalen Unterfinanzierung der vergangenen Jahre den Kommunen über die Finanzausgleichsmasse in 2021 und 2022 jeweils 300 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung stellen.

08.02
Politik regionalisieren.

So machen wir das: Rheinland-Pfalz ist landschaftlich und kulturell vielfältig, es hat strukturstarke und strukturschwache Regionen. Die Wirtschaft ist mit ihren mittelständischen Strukturen stark und krisenfest aufgestellt. Der hohe Exportanteil bringt Internationalität, gleichzeitig ist Rheinland-Pfalz ein Land der „Auspendler" in benachbarte Bundesländer und ins europäische Ausland. Demographische Unterschiede lassen erwarten, dass einzelne Regionen sich weniger dynamisch entwickeln als andere.

Gleichwertige Lebensverhältnisse durch Regionale Entwicklungsprogramme schaffen.

Die CDU wird das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse konsequent verfolgen. Dieses Ziel hat jetzt schon Verfassungsrang. Dazu werden wir **Regionale Entwicklungsprogramme** erstellen. Sie werden fach- und ressortübergreifend sein, also alle Felder der Gesellschaft, des gesamten sozialen Lebens und der Wirtschaft einbeziehen und damit nationale und europäische Gelder in die Regionen lenken.

Mit gezielten Strukturmaßnahmen werden wir die Attraktivität großer und kleiner Städte fördern und dazu die bestehenden Bundes- und Landesprogramme, so nutzen und fortentwickeln, dass die Geschäftswelt der „Digitalisierung des Einkaufsverhaltens" attraktive und vielfältige Stadträume mit vielfältigen Angeboten entgegenhalten kann.

Wichtig ist uns auch, dass es **im ländlichen Raum Arbeitsplätze** für alle Qualifikationen gibt. Neben der Förderung der Wirtschaft kann auch das Land als Arbeitgeber hier tätig werden. In Rheinland-Pfalz konzentrieren sich die Standorte der Landesbehörden überwiegend auf die großen Zentren Mainz, Trier und Koblenz. Eine breitere Streuung der Behördenstandorte könnte allerdings positive Effekte für den ländlichen Raum haben unsere Behörden und die Strukturen der Hochschulen sollten vermehrt an die ländlichen Gegebenheiten in Rheinland-Pfalz angepasst werden. Das Bundesland Bayern hat es vorgemacht: Hier wurden im große Stile Landes- und Mittelbehörden umgesiedelt – von Oberzentren in den ländlichen Raum. Die Zielrichtung ist klar: Durch die Verlegung der Behörden sollen große Städte entzerrt und im Gegenzug der ländliche Raum gestärkt werden.

So werden wir **alle Regionen im Land in den Blick nehmen.** Dabei geht es nicht um Verwaltungsregionen, sondern um die „täglichen und gefühlten Lebensräume" der Menschen, also die Bereiche, die jemand mit dem Begriff „Heimat" verbindet.

KONKRET:

Weitere **Zwangsfusionen kommunaler Gebietskörperschaften lehnen wir ab.** Wir setzen insbesondere auf den Ausbau der „Interkommunalen Zusammenarbeit". Insbesondere wenn es gilt neue Aufgaben anzugehen.
Wir wollen, wenn es möglich und sinnvoll ist, die Standorte von **Landesbehörden in den ländlichen Raum verlegen.** Vor allem sollen neu geschaffene Behörden oder Außenstellen primär in ländlichen Regionen und nicht zu sehr in den Ballungszentren angesiedelt werden.

08.03
Häuser für Familien bauen:

Gute, barrierefreie Wohnverhältnisse sind eine wichtige Grundvoraussetzung für die Zufriedenheit von Familien. Das Baukindergeld des Bundes ist daher ein voller Erfolg.

Während die Dörfer Einwohner verlieren, drängen vor allem junge Menschen in die Städte. Ortskerne und kleinere Stadtteile kämpfen vielerorts mit Leerständen. Wenn wir das Aussterben der Dörfer verhindern wollen, müssen wir sie wieder stärker mit Leben füllen und ihre Attraktivität erhöhen. Deshalb werden wir die Richtlinien des Städtebaus und die Dorferneuerungsprogramme passgenauer zuschneiden. Darüber hinaus bieten Dorfläden, Mehrgenerationenhäuser und viele weitere Formen des Zusammenlebens zudem die Möglichkeit, Angebote über alle Generationen hinweg zu schaffen. Kommunen soll auch die Möglichkeit in Ortskernsanierungen größere Freiräume oder moderne Wohnnutzung zu entwickeln eingeräumt werden.

Wer will, dass Familien Wurzeln schlagen,
muss im Ort bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Wir wollen den **Sozialen Wohnungsbau** fördern und Bauland auch im ländlichen Raum mobilisieren. In den Ballungsräumen soll durch Staatsbedienstetenwohnungen der Wohnungsmarkt entlastet und ein Anreiz für den Arbeitgeber Staat geschaffen werden.

Außerdem wollen wir alle möglichst lange selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden leben können und wollen deshalb gute **Mehrgenerationen-Wohnprojekte** nach dem Bielefelder Modell umfassend fördern.

Die Erwerbsnebenkosten stellen insbesondere für Familien eine Hemmschwelle beim Immobilienkauf dar. Deshalb werden wir die **Grunderwerbsteuer** für die erste eigene Immobilie streichen.

Durch die Öffnungsklausel im Beschluss zur Reform der **Grundsteuer** besteht die Möglichkeit, dass die Länder abweichende Grundsteuerregeln schaffen. Wir werden verhindern, dass die Grundsteuer ein verwaltungsintensiver Kostentreiber wird. Deshalb werden wir eine transparente und einfache Regelung bei der Grundsteuer schaffen, die für jeden Bürger nachvollziehbar ist und Wohnen nicht teurer macht.

Zudem sollen Vermieterinnen und Vermieter, die Familien mit Kindern Wohnraum zur Verfügung stellen, durch eine **bessere Abschreibung** gefördert werden.

Wir setzen insbesondere auf direkt und unkompliziert abrufbare Zuschüsse für Familien bei der **Sanierung bereits bestehender Immobilien** und Grundstückspotentiale nach dem Wallmeroder-Modell.

KONKRET:

Wir wollen Familien für Erwerb und Sanierung bestehender Bausubstanz **jährlich 1.000 Euro Zuschuss** zahlen. Fünf Jahre lang. Und mit jedem Kind verlängert sich der Förderzeitraum um ein Jahr.

08.04
Sport hält fit:

Hunderttausende Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer halten sich fit mit Sport und haben Spaß an der Bewegung – oft im Verein. Sport vermittelt uns damit in allen Teilen unserer Gesellschaft Werte, die unser Zusammenleben auf ein stabiles Fundament stellen.

Kommunale Sportstätten, Sportanlagen in Vereinsbesitz und vor allem Sport- und Freizeitbäder sind ohne Hilfe des Landes kaum zu tragen.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert derzeit die Sanierung und den Bau von Sportstätten und Schwimmbädern auf Zuruf und ohne Konzept eines landeseinheitlichen Vorgehens. Und das basierend auf einem Gesetz von 1974. Wir wissen aktuell nichts über den Zustand der Sportstätten, die es in Rheinland-Pfalz für die vielfältigen Bewegungsangebote gibt, die von rund 3 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer genutzt werden, um sich fit zu halten.

Wer sich fit hält, bleibt gesund,
wer sich im Team fit hält, findet Freunde.

Rheinland-Pfalz braucht dringend ein echtes Sport-Förder-Gesetz. Wir wollen mit einem Sofortprogramm in Betrieb und Erhaltung jedes öffentlichen **Schwimmbades** investieren. Neben dem **Schulsport** und der Unterstützung von Schwimmkursen gilt es bis hin zum Seniorensport Angebote zu schaffen. Derzeit wird der Schulsport und das außerschulische Sportangebot in getrennten Ministerien bearbeitet, ohne dass diese in Ihre Bewertungen mögliche Synergieeffekte einfließen lassen. Hier braucht es **ein gemeinsames Konzept aller Akteure.**

Damit **im ganzen Land gleichwertige Verhältnisse** geschaffen werden können, werden wir mit Hilfe des Instituts für Sportstättenentwicklung an der Europäischen Akademie des Rheinland-Pfälzischen Sports in Trier und gemeinsam mit den kommunalen Gebietskörperschaften den **Bestand und den Bedarf der Sportanlagen in Rheinland-Pfalz erheben** und eine Sportstättenstatistik erstellen. Wir werden auf Grundlage dieser Erkenntnisse wie in Nordrhein-Westfalen ein kraftvolles Sportstätten-Modernisierungsprogramm auflegen.

Durch die Schaffung einer eigenen Abteilungsleiterstelle Sport legen wir die Grundlage dafür, dass in Zukunft mehr Bundesmittel in unser Bundesland fließen. Hierfür werden wir zudem einen Masterplan „Sport in Rheinland-Pfalz“ für den Breiten- und Spitzensport vorlegen.

KONKRET:

Wir wollen binnen fünf Jahren **im ganzen Land Outdoor-Sportgeräte** insbesondere **für Seniorinnen und Senioren** im öffentlichen Raum aufstellen.

08.05
Spitzensport:

Aus Rheinland-Pfalz kommen immer wieder herausragende Sportlerinnen und Sportler in den unterschiedlichsten Disziplinen, die als Vorbild für die Menschen in unserem Land dienen und die als Zugpferde für ihre Sportart fungieren.

Wer Leistung will,
muss Leistung fördern.

Aber Sportlerinnen und Sportler brauchen Trainerinnen und Trainer. Für Rheinland-Pfalz fehlt es an einem Konzept, wie wir zum einen Talente erkennen können und diese dann auch bestmöglich fördern. Die möglichen Synergien, die sich in einer Zusammenarbeit mit dem Olympiastützpunkt Rheinland-Pfalz/Saarland ergeben können, finden derzeit keine Beachtung. **Ein schier unerschöpfliches Potential für die Entwicklung unseres Leistungssports liegt brach.** Aus diesem Grund ist es nicht weiter verwunderlich, dass nahezu keine Sport-Fördermittel aus dem Bund nach Rheinland-Pfalz fließen. Neben der sportlichen Laufbahn müssen wir unsere Spitzenathletinnen und -athleten – ganz im Sinne der dualen Karriere – auch auf ihrem beruflichen Weg begleiten. Nur wenn wir hier ein gutes Angebot vorhalten, können sich unsere Leistungssportlerinnen und Leistungssportler in ihrer aktiven Karriere voll auf sportliche Höchstleistungen und die damit verbundenen Erfolge konzentrieren.

KONKRET:

Wir werden das Vernetzen des Landessportbundes mit dem Olympiastützpunkt Rheinland-Pfalz/Saarland und den Bundesstützpunkten über eine Koordinierungsstelle in der Abteilung Sport unterstützen. Wir werden gemeinsam mit dem organisierten Sport ein **Trainerstellen-Konzept entwickeln,** das die Möglichkeit bietet, unseren Spitzenathletinnen und -athleten auch Spitzentrainerinnen und -trainer an die Seite zu stellen. Um unseren Leistungssportlerinnen und Leistungssportlern die **bestmöglichen Entwicklungschancen außerhalb der sportlichen Karriere zu bieten,** werden wir innerhalb der Landesbehörden geeignete Ausbildungsstellen in einem Pool Sportfördergruppe zusammenstellen.

08.06
Musik ist im Verein am schönsten:

Chöre und Musikkapellen sind Teil unseres kulturellen Lebens. Musikalische Früherziehung ist in Kitas und Schulen aber leider oft nur eine Frage der Neigung. Vielen Musikvereinen fehlt deshalb der Nachwuchs. Für musische Entwicklung fehlt es oft an Berührungspunkten.

Wer Kindern Freude schenken möchte, der muss Raum geben
für die sogenannten Nebenfächer in der Schule,
für Kunst und Musik, für Religion und Sport.

Wir wollen ein wirksames Kulturfördergesetz – im musikalischen Bereich, sowie für die bildenden Künste – und auch in den Bau und die Ausstattung von Probenräumen **in Vereinsbesitz oder in Jugendfreizeitstätten** als Land investieren.

Wir wollen, dass die Frage, ob und welches Instrument ein Kind lernt, keine Frage des Geldbeutels ist. Wir wollen, dass Kindertagesstätten, Schulen und Musikvereine mit Landesmitteln **Leihinstrumente** erwerben.

KONKRET:

Wir wollen, dass **Bürgerhäuser kostenlos** von Vereinen für Proben- und Trainingsbetrieb genutzt werden dürfen – genau wie bei der Sportförderung. Unsere Vereine sind Stützen des kulturellen Lebens in unseren Gemeinden – und Musikvereine bspw. brauchen Probenräume oder unsere Hilfsdienste bspw. ein Seniorencafé anbieten.

08.07
Rheinland-Pfalz ist schön:

Das wissen nicht nur die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, das schätzen auch unsere Gäste. Das Land profitiert mit seinen Bürgerinnen und Bürgern von einem breiten und attraktiven touristischen Angebot. **Jede vierte Familie in Rheinland-Pfalz erzielt ein Haupt- oder Nebeneinkommen aus dem Tourismus.** Das Gastgewerbe ist damit nach dem öffentlichen Dienst mit rund 150.000 Arbeitsplätzen stärkster Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz.

Die Tourismusbranche ist durch die Corona Pandemie und das von ihr mit der über viele Monate andauernden Schließung abverlangte Sonderopfer massiv betroffen. Andererseits hat sich durch Corona auch die Art und Weise, wie und wo Urlaub gemacht wird, geändert. **Hier hat Rheinland-Pfalz mit seinen einzigartigen Kulturlandschaften, seiner besonderen Natur und seinem breiten Angebot Potential.**

Wir leben dort,
wo andere Menschen Urlaub machen.

Die Bedeutung des Tourismus soll durch die Nennung des Begriffes „Tourismus“ im Namen eines Ministeriums erkennbar werden. Die Bündelung und politische Verantwortung der Aufgaben erfolgt durch die Installierung eines Staatssekretärs für Tourismus.

Das Land soll aber ausdrücklich nicht Mehrheitsgesellschafter der Rheinland-Pfalz-Touristik werden.

Wir wollen den Ausbau der jährlichen Haushaltsmittel für den Tourismus auf 1,00 Euro pro Übernachtung.

Zusätzliche erwarten wir den Einsatz des Landes für bundesrechtliche Verbesserungen.

KONKRET:

Ein branchenspezifisches Förderprogramm zur Verhinderung Corona bedingter Insolvenzen und zur Stärkung der Digitalisierung und Nachhaltigkeit in den Betrieben ist unerlässlich, sowie ein umfassender Bürokratieabbau für inhabergeführte gastgewerbliche Betriebe.

08.08
Wir verstehen Rheinland-Pfalz:

Moselfränkisch, Rheinhessisch, Pfälzisch – Rheinland-Pfalz kennt viele Dialekte. Wer seinen Dialekt pflegt, bewahrt seine Wurzeln. Wir wollen, dass unsere Dialekte noch lange gesprochen werden.
Denn Rheinland-Pfalz ist ein Land mit Geschichte und Geschichten. Kulturdenkmäler lassen sich überall finden – unsere Dome und Kirchen, Schlösser und Burgen, Altstädte und Industriedenkmäler.

Nur wer um seine Geschichte(n) weiß,
kann die Zukunft gestalten.

Wir wollen mit der reichen Geschichte unseres Landes und seiner Bewohnerinnen und Bewohner leben. Unsere breite **Museumslandschaft** ist hierfür ebenso wichtig, wie die Instandhaltung unserer rheinland-pfälzischen **Kulturdenkmäler,** attraktive Besuchsangebote und deren wirksame Vermarktung.

Wir setzen uns für die Erarbeitung eines **Kulturfördergesetzes** ein, um die Bereiche der bildenden Künste, der darstellenden Künste und der Musik und aller Kulturschaffenden zu unterstützen.

Wir wollen besser helfen, wenn die Besitzerinnen und Besitzer unserer Kulturgüter finanzielle Unterstützung für deren Erhalt, Dokumentation und Nutzung brauchen. Das gilt für Bürger, aber auch zum Beispiel für die Trägervereine und die Kirchen.

KONKRET:

Unsere Kultur und Geschichte müssen modern erlebbar werden. Wir wollen eine **Tourismus-App für Rheinland-Pfalz.** Mit einer engen regionalen Verzahnung wollen wir Freizeitangebote, lokale Besonderheiten, Museen, Feste, Kulturdenkmäler gebündelt bewerben.
Wir wollen außerdem Vereine und Institutionen fördern, die zum **Erhalt unserer lokalen Dialekte** beitragen, wie beispielsweise Mundart-Theater.

08.09
Integration und Teilhabe von Zuwanderern fördern und einfordern:

Auch Rheinland-Pfalz ist mittlerweile eine Einwanderungsregion. Jeder vierte hat Migrationshintergrund mit ganz unterschiedlicher Geschichte als Aussiedler/-in, Arbeitsmigrant/-in, Student/-in, Soldat/-in oder Flüchtling. Viele dieser Menschen haben sich gut integriert, das muss betont werden, aber etliche auch nicht. In Kindertagesstätten und Schulen mit hohem Migrantenanteil oder starker muslimischer Schülerschaft finden wir dann schwierige Zustände, wenn in den Familien oder bspw. in Moscheevereinen desintegrative und antidemokratische, teilweise sogar gewalt-legitimierende Ideen verbreitet werden.

Soll unsere offene Gesellschaft Zukunft haben,
müssen wir sie den nächsten Generationen nahebringen.

Wir wollen Integration und Schule stärker vernetzen. Die deutsche Sprache ist der Schlüssel zur Integration, aber wir wollen in den Schulen auch Demokratie oder Geschlechtergerechtigkeit einüben. Aber auch im Bereich der Erwachsenen- und Familenbildung und der Volkshochschulen sollen weiter Angebote entstehen.

Wir bekennen uns klar zu Vielfalt, aber wir betonen, dass gerade in einer pluralistischen Gesellschaft ein gemeinsames Fundament notwendig ist, wenn die Gesellschaft nicht zerfallen soll. Wir wollen Grundrechtsklarheit. Das impliziert sowohl die Freiheitsrechte als auch die Pflichten, die einem Individuum (nicht einem Kollektiv) grundgesetzlich verbürgt zustehen.

KONKRET:

Wir wollen eine **Schulstudie** für Rheinland-Pfalz, in der **Stand der Integration der Zuwandererfamilien,** die damit verbundenen Chancen für die Schulgemeinschaft und unser Land, aber auch aktuelle Problematiken, nicht nur mit dem Islam (aber auch) erhoben werden.

08.10
Wir l(i)eben Europa:

Die europäische Idee ist das friedliche Erbe des 20. Jahrhunderts und Verpflichtung für die Zukunft. Die Stärke Europas liegt in seiner Vielfalt der Menschen, Regionen und Nationen.

Auf alle großen Fragen, die Fragen von Frieden und Freiheit,
Wohlstand und Gerechtigkeit ist Europa die Antwort.

Wir wollen ein bürgernahes, lebendiges Europa. **Schüleraustausch, Begegnung von Vereinen, Städtepartnerschaften** und das Erlernen anderer **Sprachen** sind wichtig. Wir wollen mehr Schulen dazu ermutigen als „Europaschule“ die europäische Idee mit Leben zu erfüllen.

Grenzüberschreitende Bildungseinrichtungen wollen wir unterstützen – zum Beispiel insbesondere die Gründung grenzüberschreitender Schulen mit Frankreich, Luxemburg und Belgien.

Wir wollen Schulen und Vereine mit dem Aufbau eines **"Europanetzwerks"** unterstützen, dass die Partnerschaft von Jugendlichen, Azubis und Studierenden sowie Vereinen in Europas erleichtert, denn Verständigung funktioniert, wo sich Menschen begegnen.

KONKRET:

Wir wollen in allen Schulen und Schularten auf das **Erlernen der Sprache des Nachbarn,** auf Sprachunterricht allgemein ein besonderes Augenmerk legen.
Jede Schülerin und jeder Schüler soll in den Grenzregionen Französisch lernen können. Wir wollen Schüler, Auszubildende und Studierende dabei unterstützen die Möglichkeit eines Auslandsaufenthaltes im Rahmen des Erasmus+ Programms wahrzunehmen.

Rheinland-Pfalz braucht eine **„Europastrategie“.** Mit der zentralen Lage mitten in Europa und der direkten Nachbarschaft zu Frankreich, Luxemburg und Belgien, einem intensiven Austausch von Wirtschaftsleistungen und starken Pendlerströmen muss die Landespolitik einen Schwerpunkt setzen – weg von Einzelfragen hin zu einer strukturierten Kooperation mit den Nachbarn.

Um der Stimme von Rheinland-Pfalz auf europäische Ebene noch mehr Gehör zu verschaffen, ist es unabdinglich, die rheinland-pfälzische Landesvertretung in Brüssel zu stärken. Dafür wollen wir, dass über Euro-Pool-Stellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltungen regelmäßig erleben können, wie die einzelnen Institutionen der EU arbeiten. Damit werden einerseits die Interessen von Rheinland-Pfalz auf europäischer Ebene aktiver vertreten und andererseits die Arbeit der Europäische Union bürgernäher.

REGION WESTPFALZ
Demokratie und Gesellschaft

Forderung 1

Ohne Geld kann man vor Ort nichts bewegen! Wir fordern eine ausreichende Finanzausstattung unserer Kreise/Städte und Gemeinden durch das Land. Die aufgelaufene Altschuldenproblematik ist durch das Land zu lösen.
Die Kommunen müssen vor Ort finanziell handlungsfähig sein.

Forderung 2

Gewachsene Strukturen sind identitätsstiftend und dürfen nicht zerstört werden.
Wir sind gegen Zwangsfusionen von Landkreisen und Kreisfreien Städten und Verbandsgemeinden.
Stattdessen fördern wir die kommunale Zusammenarbeit.

WIR MACHEN DAS.

HERAUSGEBER:

CDU Landesverband Rheinland-Pfalz | Generalsekretär Gerd Schreiner | Rheinallee 1a-d | 55116 Mainz
Telefon 06131 28 47 0 | Telefax 06131 554 47 99 | info@cdurlp.de | www.cdurlp.de

Wir wollen Verantwortung für Rheinland-Pfalz tragen.

Am 14. März geht es darum, die Weichen richtig zu stellen.

Wir sind überzeugt: Wir haben die richtigen Antworten auf die Chancen und Herausforderungen der Zukunft. Sie verlangen unser mutiges und vorausschauendes politisches Handeln.
Unser Angebot richtet sich an alle Menschen in Rheinland-Pfalz. Wir werben um ein starkes Mandat für einen Regierungsauftrag.

Daher rufen wir alle Wählerinnen und Wähler auf:

Geben Sie bei der Landtagswahl am 14. März beide Stimmen der CDU Rheinland-Pfalz.
Nutzen Sie die Möglichkeiten der Briefwahl ab 1. Februar.

WIR MACHEN DAS.